

Dokumentation zur Tagung

Kultur? Für Wen?

Tagung zur Orientierung für
Akteure der Kulturellen Bildung
Wie gehen wir in Zukunft mit
der Vielfalt in der Gesellschaft um?

Freitag, den 25.11.2011

14 – ca. 21 Uhr

Fabrik Heeder – Studiobühne II

Virchowstr. 130, 47805 Krefeld

Eine Veranstaltung des Kulturbüros der Stadt Krefeld



Herausgeber und Veranstalter der Tagung

Stadt Krefeld, Der Oberbürgermeister, Kulturbüro (Leitung: Jürgen Sauerland-Freer)

Tagungsorganisation, Redaktion der Dokumentation

Klaus Schmidt-Hertzler, Krefeld (im Auftrag des Kulturbüros)

Tonaufzeichnung

Christian Janßen, Kulturbüro (Fabrik Heeder)

Layout der Drucksachen zur Tagung und des Titels dieser Dokumentation

sputnic, Krefeld, www.sputnic.tv

Die Rechte der einzelnen Texte liegen – sofern im Folgenden nicht auf andere Rechteinhaber hingewiesen wird – bei den Autoren selbst. Eine Nutzung ist ohne Erlaubnis der Rechteinhaber nicht gestattet.

Die Veröffentlichung erfolgt als digital speicherbares Pdf-Dokument, das zum Download über das Internet verfügbar gemacht wird. Der Link zum Download wird temporär auf den Internetseiten der Stadt Krefeld veröffentlicht.

Krefeld 2013

Inhalt

Tagungsverlauf (Planung)	4
Jürgen Sauerland-Freer, Leiter des Kulturbüros der Stadt Krefeld Zur Tagung „Kultur? Für wen?“	5
Zülfiye Kaykin, Staatssekretärin für Integration beim Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen Grußwort	6
Karin Meincke, Bürgermeisterin der Stadt Krefeld Grußwort	11
Leyla Özmal, Leiterin des Referats für Integration der Stadt Duisburg; Jürgen Sauerland Freer, Leiter des Kulturbüros der Stadt Krefeld Begrüßung, Einführung ins Thema, Vorstellung der Referentinnen und Referenten	13
Dr. Mark Terkessidis, freier Autor Referat 1: Kritik der Integration	18
Dr. Volker Bandelow, Leiter des Kulturreferats der Stadt Gelsenkirchen Referat 2: Migranten sind in der Stadt! – Real(Kultur)Politik in einer altindustriellen Großstadt	32
Meltem Söylemez, Integrationsbeauftragte der Stadt Krefeld Referat 3: Integration braucht interkulturelle Öffnung – Vielfalt als Chance im demographischen Wandel	41
Gabriela Schmitt, Geschäftsführerin des Professionalisierungsprogramms interkultur.pro Referat 4: „Together forever“ – Interkulturelle Strategien und Konzepte für Kunst und Kultur in NRW	51
Beteiligte	64

Tagungsverlauf (Planung)

14.00

Grußwort

Zülfıye Kaykin, Staatssekretärin für Integration beim Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

14.15

Grußwort

Karin Meincke, Bürgermeisterin der Stadt Krefeld

14.30

Begrüßung durch die Moderatorin und den Moderator der Tagung

Leyla Özmal, Leiterin des Referats für Integration der Stadt Duisburg
Jürgen Sauerland-Freer, Leiter des Kulturbüros der Stadt Krefeld

14.40

Einführung ins Thema

Jürgen Sauerland-Freer

14.50

Vorstellung der Referentinnen und Referenten

15.00

Referat 1

Kritik der Integration

Dr. Mark Terkessidis, Berlin

15.15-16.00 Aussprache

16.00

Referat 2

Migranten sind in der Stadt – Real(Kultur)politik in einer altindustriellen Großstadt

Dr. Volker Bandelow, Gelsenkirchen

16.15-17.00 Aussprache

17.00-17.30 Pause

17.30

Referat 3

Integration braucht interkulturelle Öffnung – Vielfalt als Chance im demographischen Wandel

Meltem Söylemez, Krefeld

17.45-18.30 Aussprache

18.30

Referat 4

„Together forever“ – Interkulturelle Strategien und Konzepte für Kunst und Kultur in NRW

Gabriela Schmitt, Düsseldorf

18.45-19.30 Aussprache

19.30

Schlussrunde

20.30

Ausklang, Imbiss zum Abschied in der Gaststätte Kulisse

Jürgen Sauerland-Freer, Leiter des Kulturbüros der Stadt Krefeld

Zur Tagung „Kultur? Für wen?“

In der Krefelder Volkshochschule wurde in diesem Jahr die Ausstellung „50 Jahre Migration“ gezeigt. 50 Jahre, das sind mehr als ein halbes Menschenleben. Doch Deutschland ein Einwanderungsland zu nennen, ist noch gar nicht so lange politisch unstrittig, und erst seit sechs Jahren gibt es „ein Zuwanderungsgesetz, in dem zum ersten Mal in einem eigenen Abschnitt eine Integrationsförderung formuliert wird.“

Das Integrationsbarometer 2010 des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration „konstatierte (auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft) eine pragmatisch-realiitätsbezogene Einschätzung von Integration und Integrationspolitik sowie ein hohes Grundvertrauen der Zuwandererbevölkerung gegenüber der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund.“

Im Jahresgutachten 2011 stellt der Sachverständigenrat dann allerdings „eine ... Diskussion über ‚Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen‘, die selten sachorientiert ... und bereichsweise latent rassistisch geführt wurde“, fest. Sie „beschwor ... das Schreckbild von ‚geöffneten Schleusentoren für Zuwanderung‘, das längst überwunden geglaubt war.“ Ursache der Diskussion war das Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin. 50 Jahre Migration – und dann das?

Diese Tagung will jenseits gereizter Stimmung eine Bestandsaufnahme der Integration versuchen. Dr. Mark Terkessidis wird dazu seine „Kritik der Integration“ vortragen. Auf kommunalpolitischer Ebene untersucht Dr. Volker Bandelow das Spannungsfeld Migration und Real(Kultur)politik. Meltem Söylemez, Integrationsbeauftragte der Stadt Krefeld, wird begründen, welche Chancen die Vielfalt der Kulturen mit sich bringt. Gabriela Schmitt schließlich wird den Bogen zur Kultur und in die Zukunft schlagen, indem sie „Interkulturelle Strategien und Konzepte für Kunst und Kultur in NRW“ vorstellt.

Ich wünsche allen Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, dass die Impulse der Referate und Diskussionen in ihrem Arbeitsalltag Nachklang finden mögen.

Quellenhinweis: Dieser Text ist dem Einladungsepporello entnommen.

Zülfiye Kaykin, Staatssekretärin für Integration beim Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie heute hier begrüßen zu dürfen. In dieser Tagung sollen Antworten auf eine Frage gefunden werden, die mir auch ganz persönlich am Herzen liegt: „Wie gehen wir in Zukunft mit der Vielfalt in der Gesellschaft um?“

Die eine, einfache Antwort auf diese Frage gibt es sicherlich nicht. Aber es gibt eine Grundhaltung, mit der man sich auf die Suche nach Antworten machen kann. Die Grundhaltung der Landesregierung lautet: „Vielfalt verbindet!“ Dies ist das Motto der Landesinitiative zur interkulturellen Öffnung. Denn es ist klar: Wir brauchen einen kompetenten Umgang mit Vielfalt!

Unsere Gesellschaft wird immer stärker durch unterschiedliche Kulturen geprägt. Wir werden nicht nur weniger und älter, sondern auch bunter. Bereits jetzt hat ein Viertel der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens einen Migrationshintergrund.

Wir brauchen Beschäftigte, die mit dieser Vielfalt gut umgehen können, die interkulturell kompetent sind – in der öffentlichen Verwaltung, aber auch in Kindergärten und Schulen, in Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Sportvereinen, Kultureinrichtungen und überhaupt überall dort, wo Menschen miteinander in Kontakt treten.

Die Kompetenzen und Potentiale von Zugewanderten brauchen wir auch für die Bekämpfung des Fachkräftemangels und für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Unsere Welt wird immer vernetzter. Globalisierung und zunehmende internationale Ausrichtung von Politik, Wirtschaft und Kultur erfordern die Fähigkeit, Grenzen zu überwinden – auch solche im Kopf.

Vielfalt ist ein Innovationsmotor. Sie gibt neue Impulse nicht nur in Kunst und Kultur, sondern auch bei der Planung von politischen Projekten und Maßnahmen.

Nicht zuletzt ist es aber auch eine Frage der Gerechtigkeit: Nur wenn wir Teilhabe für *alle* gewährleisten, werden wir langfristig auch den sozialen Frieden in unserem Land sichern können. Deshalb ist die interkulturelle Öffnung so wichtig. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für Politik und Verwaltung, aber auch für alle zivilgesellschaftlichen Akteure.

Als Landesregierung haben wir uns dieser Aufgabe angenommen, indem wir die Landesinitiative „Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst – Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“ ins Leben gerufen haben.

Mit der Landesinitiative wollen wir den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst erhöhen. Derzeit beträgt er nur geschätzte zwei bis drei Prozent.

Dies ist weit entfernt vom Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung. Wir wollen außerdem die interkulturelle Kompetenz der Landesbeschäftigten verbessern und einen landesweiten Impuls zur interkulturellen Öffnung geben.

Wir sind uns bewusst: Hierzu bedarf es umfassender Konzepte, die alle Teile der Verwaltung in die Pflicht nehmen. Mit der Landesinitiative erproben wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen:

- Wir wollen verstärkt bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung oder Tätigkeit im Öffentlichen Dienst werben.
- Derzeit läuft ein Pilotversuch zu anonymisierten Bewerbungen.
- Interkulturelle Kompetenz soll in Fortbildungsangeboten des Landes verankert und Bestandteil von Anforderungsprofilen in Bewerbungsverfahren werden.
- Für unsere Initiative wollen wir Partner im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft gewinnen.

Die Landesinitiative ist ein wichtiger Schritt. Wir wollen aber auch darüber hinaus, dass Integration verbindlich wird. Deshalb hat Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration erarbeitet.

- Mit dem Gesetz soll die Integrationsinfrastruktur rechtlich abgesichert werden.
- Die Kommunen sollen bei ihrer Integrationsarbeit vor Ort unterstützt werden.
- Außerdem ist der Auftrag zur interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung im Gesetz festgeschrieben.

Mit dem Gesetz wollen wir 4,3 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich signalisieren: Ihr seid willkommen!

Der Entwurf wird zurzeit im Parlament beraten. Wir hoffen, dass das Integrationsgesetz zum 1.1.2012 in Kraft treten kann.¹

Weil der gekonnte Umgang mit Vielfalt ein gesamtgesellschaftliches Thema ist, wirken alle Landesressorts auch auf die interkulturelle Öffnung der von ihnen geförderten Regelangebote hin. Um hier nur einige Bereiche zu nennen: Interkulturelle Öffnung wird gefördert im Gesundheitsbereich, in der Familienbildung, im Verbraucherschutz und im Bildungsbereich.

Interkulturelle Öffnung ist für die Landesregierung natürlich auch ein Thema in dem Bereich, über den wir hier heute reden: Kunst und Kultur.

Wenn es darum geht, die Bedeutung fremder Kulturen zu erkennen und diesen mit Respekt zu begegnen, haben Kunst und Kultur eine besondere Be-

¹ Das Gesetz wurde am 14.2.2012 vom Landtag NRW verabschiedet, Anm. d. Red.

deutung. Sie bringen Menschen zusammen, verschaffen neue Perspektiven, können zum Nachdenken, Lachen oder Weinen anregen, können Verständnis für andere Standpunkte wecken.

Diese besondere Kraft von Kunst und Kultur verlangt nach einer neuen, einer interkulturellen Orientierung bei Kulturpolitik und öffentlicher Förderung, bei kulturellen Einrichtungen und Angeboten.

Das Thema „Interkultur“ gehört seit 2002 zur Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen. Dabei leiten die Landesregierung folgende Überzeugungen:

- Gesellschaftliche Teilhabe muss auch die Teilhabe an kulturellen Angeboten umfassen.
- Durch die Verschmelzung verschiedener Kulturen entsteht ein vielstimmiges, vielsprachiges und vielschichtiges Neues. Das wollen wir sichtbar machen, und damit wollen wir auch gleichzeitig neues Publikum gewinnen.
- Menschen mit Migrationshintergrund leben ebenso wie solche ohne Migrationshintergrund in differenzierten Milieus – und für die Nutzung von Kunst- und Kulturangeboten ist das Milieu wichtiger als der ethnische Hintergrund.
- Nötig sind neue Zugänge, vor allem solche, die die integrierende Wirkung der Künste und Kulturen aufspüren.

Der Weg, den wir dabei beschreiten, ist mehrspurig. Einerseits unterstützen wir die interkulturelle Neuausrichtung des kommunalen Kulturbereichs. Andererseits fördern wir gezielt die Kunst, die durch die Vielfalt der hier lebenden Menschen entsteht.

Das Kulturministerium unseres Landes führt dazu verschiedene Projekte durch, zum Beispiel das Projekt interkultur.pro zur Professionalisierung im Bereich des interkulturellen Kunst- und Kulturmanagements oder interkulturelle Kunstprojekte wie den Musikwettbewerb „Creole – globale Musik aus NRW“.

Ein Förderschwerpunkt ist die wissenschaftlich begleitete „Interkulturelle Öffnung von Musiktheatern, Philharmonien, Schauspielhäusern und Museen“.

Ein wunderbares Beispiel dafür, dass eine stärkere interkulturelle Ausrichtung eine neue Qualität und Kreativität in der künstlerischen Arbeit bewirkt, ist meiner Meinung nach das Theaterstück „Next Generation“ des Schauspielhauses Bochum. Jugendliche aus dem gesamten Ruhrgebiet haben in sogenannten Zukunftshäusern ihre Visionen und Wünsche für die Zukunft formuliert und anschließend daraus ein Stück für das Schauspielhaus entwickelt. Das Projekt richtet sich nicht gezielt an Jugendliche mit Migrationshintergrund. Es will nur die Vielfalt der jungen Generation widerspiegeln und nutzen, und dazu gehört selbstverständlich auch die Vielfalt der Herkunftskulturen.

Das Stück macht deutlich: Die Förderung interkultureller Kompetenz ist eine Querschnittsaufgabe – und sie findet eben nicht nur dort statt, wo explizit das Etikett „Interkultur“ erscheint. Das gilt auch für den Bereich, der in den nächs-

ten Jahren das zentrale Thema der nordrhein-westfälischen Kulturpolitik sein wird: die kulturelle Bildung.

Nicht erst seit der ersten PISA-Studie wissen wir: Herkunft, Bildungs- und Sozialstatus bestimmen entscheidend, welche Chancen junge Menschen haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Sie bestimmen auch, ob Menschen sich für Kunst und Kultur interessieren und ob sie aktiv am kulturellen Leben mitwirken. Wer „alle Kinder“ erreichen will, muss also Wege finden, die für „alle“ begehbar sind.

Klar ist: Je früher kulturelle Bildung einsetzt, desto besser. Denn die Grundlagen zur Entwicklung der Kernkompetenzen werden in den ersten Lebensjahren gebildet.

Das Land führt deshalb auch gezielt Projekte durch, um Kinder möglichst früh an Kunst heranzuführen: zum Beispiel die Förderung von Kunstprojekten in Kitas oder die Ermöglichung kostenfreier Besuche in landeseigenen Kultureinrichtungen im Rahmen des Projekts „Kulturrucksack“.

Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport wird außerdem Kultureinrichtungen bei der kulturellen Bildungsarbeit unterstützen und in der freien Szene besonders die Angebote für Kinder und Jugendliche fördern. Sie müssen nicht allesamt mit dem Etikett „Interkultur“ versehen werden. Trotzdem ist sicher, dass sie zur interkulturellen Kunst- und Kulturarbeit und zum interkulturellen Dialog und Verständnis beitragen.

Zum einen schon aus rein demografischen Gründen: Mehr als ein Viertel, oft sogar die Hälfte der angesprochenen Kinder und Jugendlichen stammt aus Familien mit Migrationshintergrund.

Zum anderen lassen sich über die Kinder oft auch die Eltern erreichen. Sie sind interessiert an dem, was ihre Kinder erleben und finden so selbst einen ersten oder einen besseren Zugang zu Kultureinrichtungen oder -angeboten.

Für Kinder ist die Begegnung mit dem Anderen und dem Anderssein eine permanente Erfahrung. Sie entwickeln darüber auch die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme. Beides sind entscheidende Komponenten der interkulturellen Kompetenz – für Kinder und Erwachsene, mit und ohne Migrationshintergrund.

Ganz in diesem Sinne möchte ich Ihnen allen nun eine anregende Tagung wünschen, in der Sie Neues erfahren und vielleicht auch ungewohnte Perspektiven einnehmen können. Ich freue mich über Veranstaltungen wie diese, die das Thema interkulturelle Öffnung aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten. Denn Integration geht alle etwas an!

Auf Ihren Vortrag, Herr Terkessidis, bin ich sehr gespannt. Ich habe Ihr Buch „Interkultur“ gelesen und war sehr angetan davon. Ich denke, dass wir zu neuen Erkenntnissen kommen werden und so zur interkulturellen Öffnung und vor allen Dingen auch Ausrichtung sowohl in den Verwaltungen als auch in den Kultureinrichtungen hier und heute beitragen können. Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

Quellenhinweis: Wiedergabe nach dem Manuskript. Ein Abgleich mit der Tonaufzeichnung hatte nur minimale Änderungen zur Folge.

Karin Meincke, Bürgermeisterin der Stadt Krefeld

Grußwort

Frau Staatssekretärin Kaykin, zunächst noch einmal offiziell von dieser Stelle: Herzlich willkommen in Krefeld.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kabarettist Konrad Beikircher gilt als wichtiger zeitgenössischer Vertreter rheinischer Lebensart. Dass er eigentlich aus Bruneck in Südtirol stammt, ist nur wenigen bekannt. Er hat sich in unseren Gefilden so erfolgreich integriert, dass seine auswärtige Herkunft gar nicht mehr wahrgenommen wird. Vielmehr halten ihn die meisten für ein „rheinisches Original“ – im doppelten Sinn des Wortes.

Konrad Beikircher verdanken wir unter anderem ein Buch, das vor mittlerweile zehn Jahren veröffentlicht wurde und seither reißenden Absatz gefunden hat. Sein Titel ist ebenso gewichtig wie humorvoll – „Das Rheinische Grundgesetz“ hat Beikircher sein Werk genannt.

In dem Buch erläutert er seinen Lesern die Fundamente des Zusammenlebens hier in der Region. Diese sind ebenso zeitlos wie allumfassend. Denn im Rheinland wird nicht lange gefackelt – da wird integriert, ob man will oder nicht. Artikel 1 des Rheinischen Grundgesetzes kommt gleich zur Sache: „Et es, wie et es.“ Will heißen: Wir sollten den Tatsachen ins Auge sehen.

Mit Blick auf das Thema der heutigen Tagung bedeutet das: Mehr als fünfzehn Millionen Menschen in Deutschland haben einen „Migrationshintergrund“. Der Begriff mag langsam ein wenig nervig sein, aber er bringt das, was gemeint ist, recht präzise auf den Punkt: Fast 20 Prozent der Einwohner unseres Landes sind entweder selbst im Ausland geboren oder haben zumindest ein Elternteil, das nach Deutschland zugewandert ist. Bei den Kindern ist die Quote inzwischen weit höher: 43 Prozent der Kinder, die in Krefeld eine Tagesstätte besuchen, haben Wurzeln, die über die Bundesrepublik hinausreichen.

Es mag verwundern, aber es gibt nach wie vor Kreise, in denen allein die Feststellung dieser Tatsachen Kopfschütteln, Gemurmel und weit aufgerissene Augen hervorruft. Denjenigen mag Artikel 1 des Rheinischen Grundgesetzes eine Hilfe sein: „Et es, wie et es.“ Ohne Wertung. Einfach nur als Feststellung.

Und auch Artikel 2 hält eine Lehre für jene bereit, die sich bisweilen darüber beklagen, dass sie sich in unserem Land nicht mehr zurechtzufinden: „Wat fott es, es fott.“ Soll sagen: Die Vergangenheit, so heimelig, so wohlrig, so gemütlich sie auch gewesen sein mag, kommt nicht mehr wieder.

Dinge verändern sich, ob wir es wollen oder nicht. Statt einer vermeintlich harmonischeren Vergangenheit nachzutauern, ist es besser, sich der Gegenwart zu stellen. Wir leben nicht mehr im Jahre 1955, als die ersten Gastarbeiter aus Italien angeworben wurden. Wir leben im Jahr 2011, und die Vielfalt, die unser Land heute kennzeichnet, lässt sich nicht mehr umkehren.

„Et kütt, wie et kütt“, lehrt uns das Rheinische Grundgesetz weiter. Auch dieser dritte Artikel ruft uns zu innerer Gelassenheit auf im Umgang mit den Dingen. Es ist gar nicht nötig, dass wir in unserem kleinen Lebensraum all die wichtigen Probleme lösen, von denen die Zeitungen vollstehen.

Es reicht, wenn wir unsere Dinge in Ordnung halten, wenn wir mit Anstand und Respekt mit anderen Menschen umgehen, wenn wir jeden so annehmen, wie er uns gegenübertritt. Dann haben wir im besten Sinne unsere Pflicht getan, und wenn alle so handeln, dann wird das Zusammenleben auch im Großen besser werden.

Und auch Artikel 4 beinhaltet einen subtilen Optimismus: „Et hätt noch emmer joot jejang.“ Leider übertreffen die Medien einander heute gern mit schrillen Tönen. Ausländische Jugendliche, die sich abfällig über Deutsche äußern, kommen ebenso ausführlich zu Wort wie besorgte Alteingesessene, die die Sorge verzehrt, ihr trautes Idyll könne von Fremden zerstört werden.

Aber im Alltag erleben wir doch alle, dass das Verhältnis viel entspannter ist, als uns oft vorgegaukelt wird. Wir alle kennen Leute, die genauso alt sind wie wir, die in der gleichen Gegend leben, die den gleichen Beruf und den gleichen Familienstand haben und die uns trotzdem unendlich fremd sind. Und wir alle kennen Menschen, deren Biographie ganz anders verlaufen ist als die unsere und die uns doch so nah sind, als würden wir sie schon ein Leben lang kennen.

Oft wird „Kultur“ mit „Nationalität“ identifiziert, aber das ist falsch, und tief im Innern wissen wir Rheinländer das auch schon immer: Denn „jede Jeck es anders“, und „jeck simmer all.“

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie sehen es mir nach, dass ich Ihre Tagung „zwischen Integration und Interkultur“ mit diesen einfachen Sätzen eröffnet habe. Erst hatte ich mir vorgenommen, „gewichtiger“ Worte zu sprechen – aber vielleicht tut es der Integrationsdebatte auch ganz gut, wenn sie zu ein bisschen mehr Leichtigkeit findet.

Sie werden sich heute der Frage zuwenden, wie wir in Zukunft mit der Vielfalt der Gesellschaft umgehen können. Auf diese Weise wollen Sie Akteuren der kulturellen Bildung neue Orientierung geben. Hierzu sind hochkarätige Referenten anwesend, die ich in unserer Fabrik Heeder ganz herzlich begrüße.

Schließen möchte ich, indem ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Kulturbüros und unserer Krefelder Integrationsbeauftragten ein Wort des Dankeschöns sage für die Vorbereitung der heutigen Begegnung. In einer solchen Veranstaltung steckt immer eine Menge Arbeit, die oft viel zu wenig gewürdigt wird. In diesem Sinne vielen Dank für Ihr großes Engagement.

Und Ihnen allen vielen Dank für die Aufmerksamkeit für meine Rede. Ich wünsche Ihrer Tagung den Verlauf, den sie von der Vorbereitung, von den Inhalten und vom Engagement her verdient hat.

Quellenhinweis: Wiedergabe nach dem Manuskript. Ein Abgleich mit der Tonaufzeichnung hatte nur minimale Änderungen zur Folge.

Leyla Özmal, Leiterin des Referats für Integration der Stadt Duisburg
Jürgen Sauerland-Freer, Leiter des Kulturbüros der Stadt Krefeld

Begrüßung, Einführung ins Thema, Vorstellung der Referentinnen und Referenten

Özmal:

Frau Staatssekretärin Kaykin, Frau Bürgermeisterin Meincke, herzlichen Dank für Ihre einleitenden Worte. Wir brauchen in der Tat, wie Frau Meincke es gesagt hat, vielleicht auch ein wenig mehr Leichtigkeit, die uns vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse vielleicht aber nicht so leicht fällt. Dennoch müssen wir positiv in die Zukunft schauen, und diese Leichtigkeit wünsche ich mir heute für diese Tagung auf jeden Fall, damit wir auch zu Ergebnissen kommen, die Mut machen für die Zukunft dieser Stadt, insbesondere das interkulturelle Geschehen.

Mein Name ist Leyla Özmal, ich bin die Integrationsbeauftragte der Stadt Duisburg. Ich habe die Freude, bereits zum zweiten Mal eine Veranstaltung zum interkulturellen Geschehen, zur Interkulturalität und zur interkulturellen Ausrichtung der Stadtgesellschaft in Krefeld begleiten zu dürfen. Dafür herzlichen Dank an Jürgen Sauerland-Freer.

Ich möchte herzlich meine Kollegin hier bei Ihnen begrüßen, die Integrationsbeauftragte der Stadt Krefeld. Herzlichen Dank, dass wir uns auch austauschen dürften für diese Veranstaltung. Ich wünsche Dir gutes Gelingen. [...]

Ganz kurz zu meiner Biographie. Ich bin ein sogenanntes Gastarbeiterkind und mit neun Jahren nach Duisburg „eingewandert worden“. Ich habe ganz früh schon angefangen, die Tradition, die unsere erste Generation mit nach Duisburg, nach Deutschland brachte, zu pflegen. Das war gut so. Wir Migranten hatten Bedürfnisse, hatten auch den Wunsch, uns darzustellen und bestimmte Sachen zu leben. Dazu gab es dankenswerter Weise damals die Möglichkeit.

Ich habe – ganz konkret – Volkstanz betrieben. So etwas kam zunächst hier in der Gesellschaft nicht richtig an. Das hielt man für traditionell, auch ein bisschen für konservativ. Aber wir haben es gemacht. Ich habe eine anatolische Tanzgruppe mitgegründet, die Gruppe Afir. Seit circa 25 Jahren ist die Gruppe in Duisburg sehr aktiv.

Vor wenigen Wochen gab es im Duisburger Stadttheater eine Veranstaltung mit drei unterschiedlichen Volkstanzgruppen. Da war eine kroatische dabei, eine anatolische, nämlich Afir, und eine koreanische. Diese Gruppen aus der Duisburger Stadtgesellschaft haben einen wunderschönen Abend veranstaltet. In der Presse war da nicht mehr von Volkstanz die Rede. Es wurde über die Kunst an diesem Abend berichtet. Da gab es keine Bemerkung wie „zu konventionell“, „zu konservativ“, da war auch nicht mehr von „Folklore“ die Rede. Nach 50 Jahren Anwerbungsgeschehen kann man feststellen: Auf Seiten der Migranten hat sich vieles entfaltet und entwickelt. Unter anderem nämlich die Vielfalt.

Ich glaube, jetzt geht es darum, wie man die bestehende Vielfalt mit den etablierten Kultureinrichtungen zusammenbringt. Das bedeutet mehr, als nur die richtigen Worte zu finden und den politischen Rahmen nachzuzeichnen. Man muss Geld in die Hand nehmen, darauf hat Staatssekretärin Kaykin schon hingewiesen, auch in den Kommunen.

Integration und Interkultur brauchen Orte. In Duisburg haben wir einen solchen Ort gegründet und dort zwei Jahre lang gearbeitet. Aber Duisburg gehört zu den Kommunen, die unter Haushaltssicherungspflicht stehen, und darauf ist zurückzuführen, dass dieser Ort jetzt geschlossen werden musste. Hier ist das Engagement aller erforderlich, der Akteure aus der Politik, der Verwaltung und auch der Akteure aus freien Gruppen, um solche Orte zu erhalten. [...]

Ich übergebe an Jürgen Sauerland-Freer.

Sauerland-Freer:

Dank, Leyla Özmal. Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Kaykin, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Meincke, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich freue mich, dass wir uns hier heute zusammen gefunden haben. Wir haben vor zwei Jahren hier bereits eine Tagung unter dem Titel „Kunst, kulturelle Bildung und Integration“ durchgeführt.

Der Titel der Tagung vor zwei Jahren drückte gleichzeitig die Programmatik aus. So ist es heute auch. Damals wollten wir mit dem Titel sagen, dass Kunst, kulturelle Bildung und Integration untrennbar zusammengehören.

Vor zwei Jahren haben wir die Tagung mit einem Vortrag von Prof. Dr. Ursula Neumann begonnen, die sehr intensiv Versäumnisse in der Bildungspolitik, insbesondere eben bei Migrantenkindern, dargelegt hat.

Das war der Aufhänger. Daraus haben wir abgeleitet, was im Bereich der kulturellen Bildung, zumindest in diesem Kunst-, Kulturbereich zu tun ist, um damit auch gewisse Dinge wieder aufzufangen.

Eins war mir vor zwei Jahren schon auffällig: Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker aus den Parteien waren hier anwesend, haben mitdiskutiert und sich engagiert. Das war damals schon nicht nur ein Fachleutegremium, und das ist heute auch wieder der Fall. Das finde ich besonders wichtig, dass es hier zwischen Verwaltung und Kulturpolitik einen Austausch gibt.

Ohne Geld geht das alles nicht, das haben wir heute schon mehrfach gehört. Vor zwei Jahren hat uns die Vertreterin des Kulturministeriums, Frau Eva Krings, sehr engagiert darauf hingewiesen, die Stadt Krefeld solle sich am Landeswettbewerb „Kommunale Gesamtkonzepte für Kulturelle Bildung“ bewerben. Das haben wir erfolgreich gemacht, die Stadt Krefeld hat deshalb 30.000 Euro „gewonnen“. Mit einem Teil des Geldes wird heute diese Tagung finanziert.

Was ist nun seit der letzten Tagung inhaltlich passiert? Schon damals hatte die Stadt Krefeld den Kölner Appell des Städtetages unterschrieben, der ja unter dem Motto steht: „Verbindendes suchen, Verschiedenheiten zulassen“. Das war schon einmal eine wichtige programmatische Entscheidung.

Wir haben inzwischen ein kommunales Integrationskonzept, wir haben ein Integrationsbüro, wir haben mit der Kollegin Meltem Söylemez seit diesem Jahr eine Integrationsbeauftragte, es gibt den Arbeitskreis für Zuwanderung und Integration.

Im Bereich der kulturellen Bildungsangebote hat es in der letzten Zeit einen deutlichen Zuwachs gegeben. Und wir haben natürlich – das kann man hervorheben – hier in Krefeld den Südbahnhof als interkulturelles Kulturzentrum neu eröffnet.

Jetzt könnte man sagen: Das ist ja schon einiges, das man vorweisen kann. Das sind gute Ansätze, und das ist auch gute Arbeit – aber eines ist ganz sicher: Das ist nicht ausreichend.

Denn wir müssen auf der anderen Seite sehen, dass diese Entwicklung gesellschaftlich von anderen Entwicklungen flankiert war. Das Buch von Thilo Sarrazin ist erschienen, hat die öffentliche Debatte geprägt, hat polarisiert, hat auch für Verwerfungen im öffentlichen Diskurs gesorgt.

Dann muss auf dieses rechte Terrornetzwerk hingewiesen werden, von dem wir erst seit kurzem wissen. Das ist natürlich ganz besonders schrecklich. Soviel zu den Rahmenbedingungen, die vor zwei Jahren noch etwas optimistischer betrachtet werden konnten.

Wir haben hier in Krefeld rund 145 verschiedene Staatsangehörigkeiten. Aber – damit geht es dann los, wenn wir uns im Bereich der Kulturarbeit selbstkritisch befragen – diese Vielfalt wird nicht nur in den Hochkulturangeboten, sondern auch in den eher breiten Kulturangeboten nicht gespiegelt. Und das, obwohl wir natürlich immer dafür sorgen, dass die Kulturangebote international geprägt sind, obwohl wir versuchen, niedrigschwellige Angebote zu machen.

Es gibt jetzt auch viele kulturelle Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit den Schulen. Das hat die Erwartung genährt, das müsse sich doch jetzt bald in irgendeiner Form nachhaltig auswirken. Aber das scheint nicht zu passieren.

Das hätte eigentlich zur Folge haben müssen – und das war auch die erste Idee –, dass wir uns im Rahmen dieser Tagung viel mehr mit praktischen Fragen der interkulturellen Arbeit beschäftigen.

Das war der erste Ansatz, das habe ich mit Klaus Schmidt, der beide Tagungen vorbereitet hat, auch so besprochen – bis dann plötzlich dieses Buch dazwischen kam: „Interkultur“ von Mark Terkessidis.

Das hat Klaus Schmidt entdeckt, das habe ich dann gelesen, und dann sah die Welt plötzlich ganz anders aus. Die Schiene, auf der man sich bewegte, das, was man auch für gut gehalten hat, das war plötzlich alles wieder in Frage gestellt.

Die Grundhaltung von Dr. Terkessidis ist sehr kritisch. Als ich das Buch gelesen habe, kam ich mir manchmal vor wie in einer Achterbahn. Es gab Pas-

sagen, denen ich ganz und gar zustimmen konnte, ich fand Passagen, die ich gut differenziert dargestellt fand.

Bei manchen anderen fand ich dann plötzlich, das ist ein bisschen Schwarz-Weiß-Malerei. Dann habe ich mich auch an manchen Stellen geärgert, weil ich mich angegriffen fühlte. Aber zum Schluss habe ich gedacht: Dieses Buch muss jeder lesen, der in irgendeiner Weise mit interkultureller Arbeit zu tun hat. Ich kann es nur empfehlen. Wer es aber bisher nicht geschafft hat und vielleicht auch zukünftig nicht schafft, der hat ja heute die Gelegenheit, Mark Terkessidis zuzuhören.

Nachdem es funktioniert hatte, Herrn Terkessidis hierher einzuladen, haben wir die Tagung ein wenig daran ausgerichtet. Zu Mark Terkessidis ein paar wenige Worte: Er ist freier Autor und lebt in Berlin und Köln. Er hat auch noch weitere Bücher geschrieben, zum Beispiel – der Titel hat mir ganz gut gefallen, als ich über die Achterbahn nachdachte – „Fliehkraft. Gesellschaft in Bewegung“.

Daneben – haben wir uns gedacht – muss vielleicht dann auch die Realität gesetzt werden, auch vielleicht in ihrer krassen Form. Mein Gelsenkirchener Kollege Dr. Volker Bandelow war gerne bereit, hierher zu kommen. Gelsenkirchen gehört bekanntermaßen nicht zu den reichsten Kommunen der Republik. Aber Volker Bandelow, den ich bestimmt schon 25 Jahre kenne, setzt sich eben nicht nur mit der alltäglichen und schwierigen Kulturarbeitspraxis auseinander, sondern auch immer wieder mit wichtigen theoretischen Fragen.

Er hat zu dem Team gehört, das Ende der 1980er Jahre das große Projekt „Kultur 90“ durchgeführt hat. Dieses Projekt wurde durch das Wuppertaler Kultursekretariat ausgerichtet. Vor zehn Jahren war er auch bei unserer Tagung „Kultur der Zukunft – Zukunft der Kultur“. Damals haben wir über die lokale Agenda 21 und kommunale Kulturarbeit gesprochen, vor allem auch über die Nachhaltigkeit von Kulturarbeit.

Der Zusammenhang von Kultur und allen möglichen anderen gesellschaftlichen Feldern ist im Zusammenhang von „Kultur 90“ schon untersucht worden. Aber – das hat Volker Bandelow bei unserer Tagung vor zehn Jahren gesagt –: „Schließlich muss ich kritisch – und als jemand, der selbst bei ‚Kultur 90‘ an zentraler Stelle beteiligt war, auch selbstkritisch – anmerken, dass ein absehbar wichtig werdender Aspekt heutiger kommunaler Kulturarbeit damals nicht ausreichend beachtet wurde: die interkulturelle Arbeit, die Kulturarbeit von und mit Migrant*innen, kurz: der Einsatz von Kulturarbeit für die multikulturelle Gesellschaft!“ [...]

Özmal:

Ich stelle noch die Referentinnen vor. Frau Meltem Söylemez, Integrationsbeauftragte der Stadt Krefeld, wird konkret Bezug nehmen auf diese Stadt, auf die Krefelder Stadtgesellschaft. Sie wird schildern, welche Annäherungen, welche ersten Aktivitäten bereits stattgefunden haben.

Darüber hinaus wünsche ich meiner Kollegin ganz viel Kraft für ihre Arbeit und möchte ihr mit auf den Weg geben, dass sie nicht vergisst, dass die interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung und der Kulturinstitute eine ureigene

Aufgabe dieser Einrichtungen selbst ist. Ich weiß aus Erfahrung, dass die Integrationsbeauftragte immer gleich in der Kritik steht, wenn es in diesem Bereich nicht klappt. Es geht aber darum, dass die, die für diese Arbeit über die Ressourcen und Beziehungen verfügen, sie als ihre eigene und für die eigene Zukunftsfähigkeit wichtige Arbeit begreifen. Die Integrationsbeauftragte hat da eher die Funktion des Brückenbauens.

Frau Gabriela Schmitt beschließt den Kreis der Referentinnen und Referenten. Allen, die im Bereich Kultur und Interkultur aktiv sind, ist Frau Schmitt bestens bekannt. Sie reicht an viele von uns über ihren E-Mail-Verteiler viele Informationen weiter. Gabriela Schmitt hat Biologie, Geographie und Pädagogik studiert. Nach Tätigkeiten für die Landesregierung ist sie seit 2007 pädagogische Mitarbeiterin bei der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben DGB/VHS. Sie ist Geschäftsführerin des Professionalisierungsprogramms interkultur.pro und seit diesem Jahr mit dem Aufbau der Zukunftsakademie NRW beauftragt.

Mit dieser Zukunftsakademie sind viele Hoffnungen und Erwartungen verknüpft. Sie hat für NRW einen wichtigen Auftrag und kann bundesweit Signale setzen. Da ist Gabriela Schmitt ein gutes Gelingen zu wünschen.

Quellenhinweis: Wiedergabe nach der Mitschrift der Tonaufzeichnung.

Dr. Mark Terkessidis, freier Autor

Referat 1: Kritik der Integration

Vielen Dank für die Einladung, vielen Dank für die sehr freundliche Einführung. „Dat et es, wie et es“, kann ich als gebürtiger Rheinländer nur unterschreiben. Aber ich bin der Auffassung, dass das noch nicht alle in der deutschen Gesellschaft und insbesondere im Kulturbereich begriffen haben.

Ich habe mir vor kurzem ein Büchlein aus dem Reclam-Verlag gekauft, eine Textsammlung für den Unterricht, herausgegeben im Jahr 2007. Der Titel lautet: „Migrantenliteratur“.

An Ihrer Reaktion merke ich schon, dass Sie glauben, ich habe mir dieses Buch vermutlich gekauft, um mich darüber aufzuregen. Aber dass ich mich dann so sehr über dieses Buch aufregen muss, war mir vorher dann doch nicht klar.

Diese Textsammlung beinhaltet durchaus einen guten Überblick über die letzten fünf Jahrzehnte Literatur von Schriftstellern mit dem „berühmten“ Migrationshintergrund. Aber die Art, wie diese Texte in der Sammlung rubriziert sind, zeigt, dass der Schriftsteller mit Migrationshintergrund nach Meinung der Herausgeber offenbar hauptsächlich Probleme hat, und zwar Probleme mit Identitätsverlust, mit Orientierungsverlust, mit Fremdheit, mit Sprachverlust. Entsprechend sind die Texte rubriziert.

Dann gibt es einen Anhang, in dem sich Texte von Wissenschaftlern ohne Migrationshintergrund befinden, die über die „Probleme“ der Schriftsteller mit Migrationshintergrund schreiben. Darunter befindet sich auch ein Text von Christian Pfeiffer von der kriminologischen Forschungsstelle Niedersachsen zum Thema „Migration und Kriminalität“.

Nun war mir nicht klar, dass Schriftsteller und insbesondere solche mit Migrationshintergrund besonders kriminalitätsbelastet sind, aber Sie sehen, dass es möglich ist, einen Anhang zu Migrantenliteratur zu machen, der nicht literaturwissenschaftlich orientiert ist, sondern von Soziologen stammt. Das heißt, dieser Bereich von Literatur fällt offenbar vollkommen aus der üblichen Wahrnehmung heraus.

Nun haben die Herausgeber ja einen Grund gehabt, diesen Band herauszubringen. Dazu haben sie festgestellt: Mittlerweise gibt es in der deutschen Schülerschaft ein Drittel Kinder mit Migrationshintergrund. Dieses Büchlein soll sich aber an die zwei Drittel ohne Migrationshintergrund richten, soll deren interkulturelle Kompetenz stärken. Die Herausgeber denken also überhaupt nicht darüber nach, wie Kinder mit Migrationshintergrund wohl einen Text eines Schriftstellers mit Migrationshintergrund lesen würden, nein, das Buch richtet sich nur an die zwei Drittel Einheimischen.

Das würde ja schon reichen, um sich aufzuregen, aber dann gibt es noch ein gewisses I-Tüpfelchen. Und zwar befindet sich in diesem Bändchen auch ein Text von Herta Müller. Da wird es wirklich interessant. Da sieht man deutlich, dass wir offenbar einen erheblichen Unterschied in der Selbstwahrnehmung und in der Fremdwahrnehmung unserer Republik haben.

Die Anwesenheit von Herta Müller in diesem Band deutet möglicherweise darauf hin, dass wir die Potentiale einer vielfältigen Gesellschaft tatsächlich verschleudern. Herta Müller – das wissen Sie alle – hat 2009 den Nobelpreis für Literatur erhalten. Den hat sie dafür bekommen, dass sie sich aus einer provinziellen Selbstbespiegelung über Deutsch-Sein befreit und über Rumänien geschrieben hat, über ihre Kindheit als Deutschstämmige in Rumänien. Sie ist ja Aussiedlerin. Sie hat darüber geschrieben, wie sie die Diktatur in Rumänien erlebt und wie sie dagegen gekämpft hat. Sie hat also eine andere Idee von Deutsch-Sein entworfen, hat möglicherweise ihr Rumänien als Teil eines völlig anderen deutschen Kulturraumes definiert.

Was zeigt das nun, dass Herta Müller noch 2007 in dem besagten Reclam-Bändchen auftaucht? Das zeigt auf der einen Seite, dass wir in Deutschland noch mit einem Kulturbegriff leben, der denkt, dass Kultur an der Grenze halt macht. Möglicherweise muss man aber anders über Kultur nachdenken und jede kulturelle Artikulation zu einem Knoten in einem Netzwerk von unterschiedlichen Beziehungen erklären, also Kultur von vornherein als transnational definieren – und dann gehört das Rumänien Herta Müllers eben auch zu diesem deutschen Kulturraum dazu.

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass wir mit einem Begriff von Deutsch-Sein leben, der aus meiner Sicht nicht mehr funktioniert. Es gibt eine Untersuchung des Ethnologen Jens Schneider aus dem Jahr 2000, die sozusagen eine Eigen-Ethnologie des Deutsch-Seins entwirft. Er hat Eliten – in Führungszeichen –, also Politiker, Journalisten und so weiter, dazu befragt, was sie über Deutsch-Sein denken, und er hat festgestellt: Deutsch-Sein ist inzwischen eine vergleichsweise oberflächliche Kategorie.

Für die Beteiligten ist Deutsch-Sein auf der einen Seite Verhalten nach den Sekundärtugenden, also Pünktlichkeit, Ordnungsliebe, Zuverlässigkeit und so fort. Jede Fahrt mit der Deutschen Bahn macht dabei heutzutage klar, dass das offenbar nicht mehr viel mit Deutsch-Sein zu tun hat. Auf der anderen Seite wird Deutsch-Sein als eine Kategorie definiert, die irgendwo mit Tiefe in Verbindung steht. Gemeint ist hier fast ein romantischer Begriff von Tiefe. Der Deutsche ist tief im Vergleich zum oberflächlichen Südländer oder Amerikaner.

Nun wurde das derart in zwei Richtungen definierte Deutsch-Sein zunächst als eine sehr harte Kategorie begriffen. Also als eine, die fast unausweichlich ist, wenn man denn „deutsches Blut“ hat oder in Deutschland aufgewachsen ist. Aber es gibt dann eine sehr interessante Wendung bei der Untersuchung. Als Schneider die Teilnehmer an seiner Untersuchung dann nämlich dazu befragt hat, ob sie denn selbst so sind, also ob sie diesem Begriff entsprechen. Darauf haben die einheimischen Befragten mehrheitlich geantwortet: Das ist Deutsch-Sein, aber ich selbst bin nicht so.

Die haben also gesagt: Deutsch-Sein heißt pünktlich sein, aber ich persönlich bin gar nicht so pünktlich. Oder: Deutsch-Sein bedeutet romantische Tiefe, aber ich selbst hänge mir lieber einen überdimensionierten illuminierten Weihnachtsmann an den Balkon, weil ich es damit eher amerikanisch halte.

Das heißt: Wir leben mit einem Begriff von Deutsch-Sein, in dem sich offenbar die Einheimischen in ihrem Alltagsleben und in ihren auch zunehmend mobilen globalisierten Erfahrungen nicht mehr unterbringen können. Das sollte uns auch zum Nachdenken darüber bringen, wie wir Kulturarbeit gestalten. Möglicherweise orientieren wir sie noch zu sehr an Nation und nationalen Klischees.

Natürlich ist das auch ein Begriff von Deutsch-Sein, der Einwanderern im Rahmen der Integrationsdebatte gerne vorgehalten wird. Aber sollen die sich an einem Begriff von Deutsch-Sein orientieren, der zum Klischee geworden ist und in dem selbst die Einheimischen ihre eigenen Erfahrungen nicht mehr unterbringen können?

Es muss also darum gehen, einen anderen, neuen, inklusiveren, einen mehr bürgerschaftlich orientierten Begriff von Deutsch-Sein zu entwickeln. Das ist natürlich etwas, das auf dem Feld der Kultur stattfindet, denn das ist traditionell der Ort, an dem Selbstverständnisse verhandelt werden.

Herta Müller hat im Übrigen einen schönen Aufsatz geschrieben, in dem sie sich damit beschäftigt hat, dass sie in ihrer Rolle im Kulturbetrieb und im deutschen Alltagsleben auf der einen Seite ständig aus der Normalität herausgerissen und auf der anderen Seite ständig von ihr Normalität eingefordert wird. Sie befindet sich also permanent in einem paradoxen Spannungsfeld.

Auf der einen Seite ist sie als Einwanderin ununterbrochen gefragt worden, woher sie kommt. Und dabei ist von ihr auch eine bestimmte Antwort erwartet worden, nämlich dass sie sich gewissermaßen ausgliedert und sagt, sie komme aus Rumänien. Das hat sie sehr stark als Identitätskontrolle empfunden. Auf der anderen Seite ist von ihr Normalität eingefordert worden, in dem Sinne, dass zum Beispiel das deutsche Feuilleton sie dazu aufgefordert hat, sie solle doch endlich aufhören, sich mit Rumänien zu beschäftigen. Das Bild war also: tolle Schriftstellerin, klebt aber zu sehr an der Vergangenheit, sollte uns lieber endlich unsere Phantasie vom Hauptstadt- oder vom Wiedervereinigungsroman oder was auch immer erfüllen. Die Ansprüche, die sich aus diesem paradoxen Spannungsfeld ergeben, sind natürlich unerfüllbar.

Wenn wir jetzt von einem anderen Begriff von Deutsch-Sein ausgehen oder eher die Vielfalt als Begriff setzen sollen, dann ist natürlich die Frage, welchen Begriff von Vielfalt haben wir dieser Tage eigentlich.

In den letzten Jahrzehnten gibt es zwei Begriffe von Vielfalt, die diskutiert worden sind. Der eine Begriff ist zu verstehen als post-Holocaust und handelt von Abwesenheit, und der andere Begriff war post-kolonial und handelte davon, dass bestimmte Gruppen, die während der kolonialen Expansion einbezogen worden sind, wieder auftauchten, etwa in Großbritannien, in Frankreich und so weiter.

Aber das sind eigentlich Begriffe, die auf die derzeitige Situation nicht mehr zutreffen. Das Ballhaus Naunynstraße in Berlin, also ein Theater, das in den letzten Jahren sehr erfolgreich gearbeitet hat – die Inszenierung des Stücks „Verrücktes Blut“ hat zuletzt für Aufsehen gesorgt –, hat seine eigene Arbeit als postmigrantisches Theater definiert.

Ich glaube, dass uns dieser Begriff postmigrantisch weiterbringt. Denn dieser Begriff handelt davon, dass es eine Vielfalt gibt, die nach der Migration eingetreten ist, und Migration für sich ist ja schon ein relativ vielfältiges Phänomen. Migration ist keine Erfahrung, die nicht normal ist, sondern Migration ist eine universelle Erfahrung. Migration ist keine Erfahrung, die mit Defiziten startet, sondern Migration ist eine Erfahrung, die sehr viel mitbringt.

Ich bin gestern in einer Ausstellung in der Berliner Akademie der Künste gewesen. Die Ausstellung handelt von Iannis Xenakis, also einer der Koryphäen der Neuen Musik. Xenakis hat immer davon gelebt, dass er Auswanderer ist, und er hat sogar gesagt, dass er immer Auswanderer bleiben möchte. Er war der Auffassung, dass der Prozess der Auswanderung, den er durchlaufen hat, für ihn das Neue in die Welt bringt. Während sich also die Einheimischen in der eigenen Kultur einnisten, kann er das nie tun und muss seine Mobilität dazu nutzen, Erkenntnisse zu produzieren. Genau das kann er nur dann tun, wenn er in dieser Position, in dieser universellen Erfahrung des Ausgewandert-Seins bleibt.

Vielfalt ist also ein neuer Begriff für eine auch neue gesellschaftliche Konstellation. Dabei macht es gar keinen Sinn, den Kulturbetrieb jetzt sozusagen additiv zu organisieren. Also davon auszugehen, erst war es eine Männerdomäne, dann wurden auch die Frauen aktiv, jetzt kommen die Migranten hinzu. Es geht nicht darum, die Vielfalt als etwas zu definieren, zu dem immer etwas Neues hinzukommt. Es geht um einen neuen interkulturellen Raum, den es gibt und der zu entwickeln und zu gestalten wäre.

Dabei ist es sinnvoll, die ganze Kulturarbeit wegzubewegen von einem Begriff der Nation, an dem sie immer noch sehr stark hängt. Unser Kulturbegriff hat auf der einen Seite immer noch einen starken Bezug zum 19. Jahrhundert und damit zu nationaler Kultur und auf der anderen Seite zu den Ideen von Avantgarde, also dem Modernismus des frühen 20. Jahrhunderts. Daraus bildet sich ein Raum, der inzwischen gar nicht mehr relevant ist.

Es wäre sinnvoller, die Kulturarbeit zum Beispiel an Urbanität zu orientieren. Der Begriff Urbanität hat immer schon in Verbindung gestanden mit Mobilität und Transnationalität, mit einer bestimmten Form von medialer Globalisierung. Die Stadt ist der Ort, in der Vielfalt jetzt als Aufgabe an die Institutionen herangetragen wird, die sie noch zu realisieren haben.

In der Stadt geht es im Übrigen nicht mehr um die Migration der 1960er Jahre. Es geht auch nicht mehr um die Integration, wie sie seit den 1970er Jahren diskutiert wird. Die heutige Situation stimmt überhaupt nicht mehr mit den alten Ansätzen überein. Es gibt ganz neue Formen von Migration. Es gibt Pendelmigration zum Beispiel aus der Ukraine, bei der Leute ein halbes Jahr hier bleiben und dann wieder in die Ukraine zurückgehen und dann wieder hierher kommen.

Es gibt Formen von hochqualifizierter Einwanderung, auf die das Modell der 1960er Jahre überhaupt nicht zutrifft. Es gibt sogenannte Expatriates in fast allen großen Städten der Republik, die zwischen international organisierten Unternehmensniederlassungen hin- und herwechseln und dann etwa für ein

Jahr an einem bestimmten Ort bleiben und dann wieder weiterziehen. Das ist keine geringe Zahl von Leuten.

Die Niederlassung eines transnationalen Unternehmens muss man sich vorstellen wie eine Parallelgesellschaft. Da wird auch nicht mehr Deutsch gesprochen, da wird Englisch gesprochen. Diese Orte funktionieren nicht mehr in der jeweiligen geographischen Nachbarschaft, sondern in einem globalen Kommunikationsraum.

Wir reden hier insgesamt von einem sehr komplizierten Gebilde. Die einzelnen Bestandteile kann man nicht mehr alle integrieren im Sinne von: ein Ganzes herstellen. Die Stadt ist ein sehr vages Gebilde geworden ist. Sie ist eben nicht mehr ein einzelner Container, ein einzelner fest umrissener Raum, falls sie das jemals war. Hier gilt es vielmehr, den vagen Zustand Vielfalt zu gestalten und auch zuzulassen, dass nicht alles perfekt integriert werden kann.

Im Grunde sind wir ja eine sehr junge Einwanderungsgesellschaft. Im Jahr 1998 ist zum ersten Mal anerkannt worden, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Erst seit diesem Zeitpunkt kann man überhaupt irgendetwas gestalten. Vorher dominierte die Fiktion, die Ausländer gehen irgendwann einmal wieder nach Hause. Man brauchte nichts anderes zu tun, als sich in diesem Provisorium einzurichten.

In diesem Zusammenhang hat der Begriff Integration eine Renaissance erlebt. Das begrüße ich nicht unbedingt. Auf der einen Seite wird dieser Begriff natürlich deutlich pragmatischer verstanden als früher. Integration wird als Integrationspolitik, als klares Bündel von Maßnahmen, als Querschnittsaufgabe verstanden. Auf der anderen Seite besteht im Begriff Integration eine gewisse Kontinuität fort, indem man Integration als Bekämpfung von Defiziten definiert.

Das heißt, es gibt immer noch eine normative Idee von der Gesellschaft, in der wir leben. Hier wird also nicht nach dem Motto: „Et es, wie et es“ verfahren. Es wird festgestellt: Da ist eine Gruppe dazu gekommen, diese Gruppe hat bestimmte Defizite. Dabei ist den letzten 40 Jahren immer über drei Dinge geredet worden: mangelnde Sprachbeherrschung, patriarchale Familienverhältnisse und Ghattobildung. Im letzteren Fall spricht man inzwischen von Parallelgesellschaften. Das sind die Kernthemen aller Debatten in den letzten 40 Jahren.

Es stimmt aber doch nicht, dass sich in den letzten 40 Jahren nichts getan hat. Ein paar der urbanen Veränderungen habe ich bereits geschildert. Dann gibt es mittlerweile auch eine Mittelschicht mit türkischem Hintergrund. Personen türkischer Herkunft gründen überdurchschnittlich oft Firmen. Das Migrationsgeschehen ist in dem Sinne wesentlich vermischer, dass sich inzwischen auch viele hochqualifizierte Migranten in Deutschland aufhalten. All das wird von der Idee der Defizite vor allem in den drei genannten Bereichen überhaupt nicht mehr erfasst.

Diese Defizite werden identifiziert, und dann sollen sie neben dem Regelbetrieb, sozusagen in einer Parallelstruktur, korrigiert beziehungsweise kompensiert werden. Das ist das übliche Verfahren bei der so verstandenen In-

tegration. Dabei wird dann auch immer von einer Stunde Null ausgegangen, ab der man dann angeblich gemeinsam durchstarten kann. Zum Beispiel wird der Schuleintritt so empfunden.

Ein paar Argumente gegen diese so verstandene Integration:

In Frankfurt zum Beispiel haben mittlerweile 67 Prozent der unter Sechsjährigen Migrationshintergrund. Das heißt: 67 Prozent der Kinder haben mindestens ein Elternteil, das selbst noch eingewandert ist. Wo ist da die Norm? Es gibt doch eigentlich gar keine Idee mehr davon, was die Norm sein könnte. Es geht nicht mehr darum, Parallelstrukturen zum Regelbetrieb zu schaffen, sondern diesen Regelbetrieb auf diese Vielfalt, auf die unterschiedlichen Hintergründe und Voraussetzungen der Kinder zu orientieren.

Ein zweiter Punkt: Wenn man Parallelstrukturen schafft, tendieren die dazu, sich zu verstetigen. Polemisch gesagt: Rund um den Begriff Integration ist eine „Helferindustrie“ entstanden. Ich bin von Haus aus Psychologe, und ich kann Ihnen sagen: Die Psychologie ist darauf angewiesen, dass Leute Probleme haben. Das Gleiche gilt für Pädagogen oder Sozialarbeiter.

In dem Moment also, indem ich die Integration in eine Parallelstruktur auslagere und da möglicherweise auch noch auf Projektbasis arbeite, Sorge ich dafür, dass das Bild des armen hilfsbedürftigen Migranten fortbesteht, weil diese Art von Projekten genau darauf basiert.

Damit meine ich jetzt nicht, man soll diese Projekte alle wegstreichen. Ich meine, dass das Know-how, das in diesen Projekten erworben worden ist, in den Regelbetrieb einfließen sollte. Aber im Grunde geht es darum, den Regelbetrieb zu verändern und den auf die Vielfalt der Gesellschaft einzustellen. Diese Aufgabe, die da auf uns zukommt, wird möglicherweise nicht mehr adäquat vom Begriff Integration erfasst. In der wie skizzierten neuen Situation orientiert uns dieser Begriff nicht vollständig richtig.

Ein Beispiel dafür aus der konkreten Praxis: In den Kindergärten wird mittlerweile bei den Kindern im Alter von vier Jahren die sogenannte Sprachstandserhebung durchgeführt. Sinn oder Unsinn dieser Maßnahme seien dahingestellt, aber diese Erhebung wird natürlich in deutscher Sprache durchgeführt, und es sollen Defizite identifiziert werden.

Viele Familien mit Migrationshintergrund bringen ihren Kindern aber zunächst die Muttersprache bei, weil das die Sprache ist, die sie am besten beherrschen. Pädagogisch gesehen, ist es richtig, dass sie das genauso machen. Wenn es für Kinder unter drei Jahren aber kaum Strukturen, sprich: Betreuungsplätze gibt – das ist etwa in Nordrhein-Westfalen so, in Berlin stellt es sich etwas besser dar –, dann haben die Kindergartenkinder zum Zeitpunkt der Erhebung gerade einmal ein Jahr Deutsch gehabt. Wenn ich dann einen Test mache, stelle ich nur das fest, was offensichtlich ist.

Warum gibt es also nicht zusätzlich einen Test in der Muttersprache, damit festgestellt werden kann: Was können die Kinder? In der gängigen Praxis orientiert man sich von vorneherein darauf, was sie nicht können. Man vernachlässigt die Potentiale der Kinder, die sie vielleicht noch entfalten können.

Darüber hinaus ist festgestellt worden, dass 25 Prozent der einheimischen Kinder – Tendenz steigend – genau die gleichen Sprachdefizite aufweisen. Da stehen wir doch vor ganz anderen Herausforderungen. Wo kommen denn diese Sprachdefizite her? Die haben doch offenbar viel mehr mit dem Milieu zu tun, als dass sie auf den Migrationshintergrund zurückzuführen wären. Da müssen also ganz andere Dinge passieren als irgendeine Form von Kompensation.

Nebenbei bemerkt: Kindergärten sind natürlich ganz unterschiedlich, mein Sohn ist zum Beispiel in einem, in dem die Erzieherinnen ganz hervorragend arbeiten. Aber es gibt eben auch Kindergärten, in denen weniger gut gearbeitet wird.

In Baden-Württemberg hat sich bei einer Evaluation gezeigt, dass dort in Folge der Sprachstandserhebung nach dem Prinzip der Sonderklassen verfahren wird. Die Kinder mit den Defiziten werden herausgenommen aus dem Regelbetrieb, und es wird mit ihnen so eine Art Frontalunterricht gemacht. Dabei werden Sprachkonzepte angewendet, die natürlich importiert und für die die Erzieher und Erzieherinnen gar nicht ausgebildet sind. Die Evaluation hat gezeigt, dass dieses Verfahren vollkommen ineffizient ist. So lernen Kinder Sprache nicht.

Warum orientiert man den Kindergarten nicht in seiner Gesamtheit um und richtet ihn auf Individualisierung aus? Also auf die unterschiedlichen Niveaus der Kinder, die dann auch entsprechend betreut werden. Und warum orientiert man die Erzieherausbildung nicht so um, dass auch Spracherwerb von vorneherein darin eine große Rolle spielt? Das passiert jetzt zunehmend. Natürlich sollte man grundsätzlich auch mehr Kindertagesstätten haben, aber das würde jetzt zu weit führen.

Worum es geht, ist die Umstrukturierung des Regelbetriebs. Und dabei – um es noch einmal zu sagen – geht es nicht darum, etwas für bestimmte, beispielsweise ethnische Gruppen zu tun –, womit wir dann auch beim Kulturbereich wären. Der Blick muss sich auf die Individuen richten, auf Individuen, die verschiedene Hintergründe, verschiedene Voraussetzungen und verschiedene Referenzsysteme haben. Jede moderne Pädagogik der letzten Jahrzehnte predigt die Individualisierung, denn damit kommt man weiter als mit dem alten Modell der Integration als Parallelbetrieb zum Regelbetrieb, aber das alte Modell geistert noch durch zu viele Köpfe.

Ich komme nun zum Kulturbereich im engeren Sinne. Das, was ich vorschlage, nenne ich ja Interkultur. Auch hier ist der Begriff Programm, bedeutet programmatische und strategische Verpflichtung auf Interkulturalität, und er scheint mir damit besser geeignet als der Begriff Integration. Aber Interkultur bringt auch schon wieder verschiedene Probleme mit sich. Drei davon will ich nennen.

Eine größere Institution in Großbritannien hat gerade dabei geholfen, diese Probleme zu identifizieren. Dabei hat sich gezeigt: In einem negativen Sinne können die alten Ideen von Integration und Interkultur dann doch wieder ganz gut zusammenpassen.

Wichtig ist – um es vorweg zu sagen –, dass Interkultur erstens nicht wiederum selbst ein Sonderbereich werden darf, dass Interkultur zweitens nicht hauptsächlich ethnisch verstanden wird und dass sich Interkultur drittens nicht hauptsächlich im pädagogischen Bereich abspielt.

Die Institution, von der hier die Rede ist, ist die Londoner Tate Gallery of Modern Art, kurz: Tate Modern. Dieses Museum ist eine der großen britischen Kunstinstitutionen. Es gibt jetzt eine ganz großartige Untersuchung der Tate Modern mit einem sehr interessanten Untersuchungsdesign. Es wurden die eigenen Programme zum Thema „diversity“ oder Interkultur überprüft.

Die Blair-Regierung hat in den 1990er Jahren sehr großen Druck auf die Kulturinstitutionen ausgeübt, um im Rahmen von „social inclusion“ und „diversity“ eine Öffnung herbeizuführen. Tate Modern hat jetzt überprüft, was es gemacht hat, und diese Überprüfung ergab genau die drei genannten Problembereiche.

Diversity oder Interkultur wurde als Sonderbereich definiert. Das heißt, es wurde von der gängigen kuratorischen Praxis getrennt gesehen und nicht als Programm für die kuratorische Praxis. Dann gab es ein Targeting für bestimmte Gruppen, und das war hauptsächlich auf „race“ und „ethnicity“ bezogen. Und zuletzt haben alle Programme, die durchgeführt wurden, sich im Bereich von Bildung, also kultureller Bildung abgespielt.

Tate Modern hat festgestellt – und das ist sehr interessant, wenn man darüber nachdenkt, wie interkulturelle Öffnung funktioniert –, dass diese Programme nicht nur nicht funktioniert haben, sondern von den Minderheitenangehörigen sogar aktiv zurückgewiesen wurden. Die hatten keine Lust, so angesprochen zu werden.

Das Problem, das sich hier offenbart, ist, dass sich in den letzten Jahren vor allem bei den jüngeren Leuten ein Bewusstsein entwickelt hat, das sich von Ethnizität sehr weit entfernt hat. Junge Leute mögen zwar heute betonen, dass sie türkischer oder griechischer oder kroatischer oder was auch immer für einer Herkunft sind, betrachten sich aber gleichzeitig auch als Berliner, Kölner, Krefelder oder was auch immer. Sie betrachten sich auch als Leute, die im deutschen Kontext verortet sind, und sehen darin überhaupt kein Problem.

Es gibt also gar keine eindeutige Vorstellung von Identität mehr, die man so einfach targeten könnte. Die Leute begreifen sich vielmehr hochgradig als individuell. Wenn man denen mit der üblichen Art von Ansprache kommt, also: „Wir tun jetzt mal etwas für die Türken“, oder: „Wir haben hier einmal ein interkulturelles Kunstprojekt“, wo dann nicht nur „interkulturelles Kunstprojekt“ draufsteht, sondern das dann auch noch von Interkultur handelt, als ob das ein Thema wäre und keine strategische Aufgabe für die Institutionen, dann kann es passieren, dass das von diesen Gruppen aktiv zurückgewiesen wird. Die wollen nicht das Gefühl haben, in bestimmte Schubladen gesteckt zu werden.

Wenn man aber zum Beispiel Folklore als etwas betrachtet, das sicherlich einen türkischen, koreanischen oder was auch immer für einen Hintergrund hat, dann kommt es aber darauf an, diese Folklore nicht wieder als nettes

Nebenangebot für zum Beispiel Türken zu betrachten, sondern als Kunst. Wenn Folklore innerhalb der Aufführungspraxis Kunst geworden ist, kann sie sich auch weiter entwickeln. Denn dann nimmt sie Beziehungen auf, dann gilt sie als eine Form von universellem Kunstschaffen.

Es ist ein großes Problem, dass die Kunst von Künstlern mit Migrationshintergrund immer als etwas Partikulares betrachtet wird. Selbst im Enquete-Bericht des Bundestages zu Kunst und Kultur in Deutschland gibt es eine Stelle im Kapitel Interkultur, wo begrüßt wird, dass es jetzt so viele Schriftsteller, Künstler und Filmemacher mit Migrationshintergrund gibt. Fatih Akin etwa wird genannt. Die würden jetzt ganz interessante neue Formen finden, um die Widersprüche des Themas Integration auf neue Weise zu fassen.

Da kann man nur sagen: Der Künstler mit Migrationshintergrund ist nicht mit Integration beschäftigt. Vielmehr schöpft der universelle Kunst wie jeder andere Künstler, wie jeder Kunstschaffende auch deutscher Herkunft. So muss das betrachtet werden und nicht als ein partikulares Geschehen, das sich wahlweise auf Tradition oder Integration bezieht. Um es noch mal zu sagen: Es geht um Individuen, um Individuen mit unterschiedlichen Hintergründen, Voraussetzungen und Referenzsystemen.

Zum Programm Interkultur will ich nun kurz anführen, was in diesem Bereich gemacht werden sollte. Verschiedene Sachen sind ja auch schon angesprochen worden. Frau Kaykin hat eben den Personalbestand angesprochen, und das ist eine Aufgabe, die auch auf die Kulturinstitute zukommt. Eine Bestandsaufnahme zu machen, wie viele Leute mit Migrationshintergrund arbeiten eigentlich in den jeweiligen Kulturinstitutionen, und ist das noch repräsentativ für die Gesellschaft?

Wenn ich in einer Stadt bin wie Stuttgart, wo 40 Prozent der Einwohner inzwischen Migrationshintergrund haben, und am Theater und an den Museen haben zwei Prozent der Beschäftigten und Kunstschaffenden Migrationshintergrund, dann stimmt irgendetwas nicht mehr.

Das Stadttheater kann sozusagen die Stadt des Stadttheaters gar nicht mehr repräsentieren, weil die Stadt im Stadttheater nicht mehr anwesend ist. Das ist ein großes Problem. Da geht es darum, diesen Personalbestand natürlich zu verändern. Ich glaube, man wird in absehbarer Zeit beginnen müssen, das proaktiv zu tun. Es wird nicht mehr reichen, Bewerbungen abzuwarten, auch wenn ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren sicher ein Weg ist. Aber das wird nicht reichen, man wird Leute auffordern müssen, sich zu bewerben.

Man kann mittlerweile nicht mehr sagen, dass es Leute mit entsprechenden Anforderungsprofilen nicht gäbe. Das Theater Ballhaus Naunynstraße zum Beispiel und verschiedene andere Theater haben gezeigt, dass es diese Leute gibt. Hier muss man keine Qualitätsdiskussion mehr führen.

Aber auch das Publikum dieser Institutionen muss sich verändern. Im Publikum werden sie feststellen, dass eine ähnliche Verteilung herrscht. Menschen mit Migrationshintergrund finden sich offenbar im Angebot der gängigen Kultureinrichtungen nicht wieder.

Das hat sich in diesem Jahr schon einmal lustigerweise geändert, als in vielen Stadtmuseen zum ersten Mal Ausstellungen zum Thema Einwanderung gemacht wurden. Der Anlass war das 50-jährige Jubiläum des Anwerbevertrags mit der Türkei. Plötzlich sind überall Leute türkischer Herkunft in die Museen gekommen, und die Museumsdirektoren sind jetzt ganz erschüttert darüber, dass das der Fall sein kann. Es ist ganz interessant, dass das jetzt als Möglichkeit erkannt wird. Aber tatsächlich hat man sich die letzten 50 Jahre nicht damit befasst. Das hängt natürlich auch damit zusammen, das muss man klar sagen, dass erst 1998 anerkannt worden ist, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Das konnte im Bewusstsein nicht vorkommen, weil es nicht vorkommen durfte.

Ich glaube allerdings, dass sich das Publikum nur verändern wird, wenn sich das Personal in den Institutionen gleichermaßen ändert. Dabei darf man aber nicht glauben, man könne dadurch, dass man etwa eine Person türkischer Herkunft engagiert, alle Türken der Stadt ins Theater bekommen. Das ist natürlich Unsinn. Das ist eine Instrumentalisierung, die am Ende zu gar nichts führt. Diese Person wird auch schnell wieder ausscheiden, weil sie merkt, dass sie gar keine Alternativen hat, außer das türkische Publikum ansprechen zu sollen. So geht das nicht.

Strategien zum audience development müssen langfristig angelegt werden. Man sollte sich vor Augen halten, dass es hier um etwas geht, dass nicht in zwei Jahren erledigt ist. Es ist besser, hier sehr überlegt vorzugehen, anstatt hektisch zu agieren und dann zu scheitern. Das ist mittlerweile ja schon fast eine eingefahrene Vorgehensweise: Jetzt machen wir mal schnell was, wir engagieren irgendwen, und wenn es dann nach einem Jahr nicht funktioniert, wird geklagt: „Die kommen nicht. Wir kriegen die nicht.“ So funktioniert es eben nicht.

Man muss stadtweit Netzwerke aufbauen, muss Beziehungen etablieren. So etwas kann zehn bis 15 Jahre dauern. Das muss man in den normalen Betrieb der Kulturinstitutionen einbauen und nicht in eine Parallelstruktur abdrängen – wenn man es denn will.

Man muss dabei natürlich auch über die Organisationskultur nachdenken, das heißt, darüber nachzudenken: Worum geht es eigentlich bei Kultur, wen spricht Kultur eigentlich an? Gibt es einen Typus, der sich in den Kulturinstitutionen verkörpert, im Personal und im Publikum. Natürlich gibt es diesen Typus.

Die Kulturinstitutionen in Deutschland hängen allerdings weiterhin sehr stark an einer durchaus normativen Idee vom Bildungsbürger, wogegen vielfach protestiert worden ist. Nicht alles ist da unverändert geblieben seit den 1960er Jahren. Aber dennoch gibt es immer noch dieses relativ fest verwurzelte Bild davon, für wen Kultur ist und wer Kultur konsumiert. Das muss man jetzt beginnen aufzulösen und zu verändern, ohne wiederum an Qualität einzubüßen. Ich glaube ja nicht, dass eine Veränderung des Typus zu einer Qualitätseinbuße führt.

Es muss neue Bezugspunkte geben, weg von der Nation, hin zur Urbanität und zu den neuen Lebensmodellen innerhalb der Urbanität, zur Vielfalt in der

Urbanität, zu den transnationalen Verbindungen innerhalb der Urbanität. Da sind viele Geschichten noch gar nicht erzählt worden.

Die britische Literatur beispielsweise hatte eine Hochzeit in den 1990er Jahren, weil viele Leute mit Migrationshintergrund angefangen haben, ihre spezifischen Geschichten zu erzählen. Das waren Geschichten, die hatte man vorher noch gar nicht gehört. Das war ein Fundus von Geschichten, über dessen schlichte Fülle man erstaunt sein konnte. So etwas hat sich in der Kulturlandschaft Deutschlands noch nicht im gleichen Maße abgespielt.

Ein weiterer Hinweis: Natürlich haben deutsche Kulturinstitutionen auch weiterhin einen Benimmcode, der gerade für Jugendliche schwierig zu ertragen ist. Es gibt Institutionen, die sich da nicht sehr stark öffnen, was die körperliche Disziplinierung betrifft, was Ideen von Pünktlichkeit, was Ideen von Durchlässigkeit, auch räumlicher Durchlässigkeit betrifft.

Ich bin ein Bildungsbürger, nicht erst in erster Generation. Ich stamme aus einem Elternhaus, in dem Kultur eine große Rolle gespielt hat. Für meine Begriffe aber stimmt der Bewegungsradius, den ich in vielen Kulturinstitutionen habe, nicht unbedingt mit meinem körperlichen Gefühl überein. Ich glaube nicht, dass ich da der Erziehung bedarf, sondern dass in diesen Tagen die Kulturinstitutionen darüber nachdenken müssen, wie sie eigentlich beschaffen sind und ob sie der Zeit noch angemessen beschaffen sind.

Ein dritter Punkt neben Personalbestand und Organisationskultur sind die Räumlichkeiten, die materiellen Gegebenheiten. Auch über die muss man nachdenken. Was kommunizieren die Räume? Kommunizieren sie vielleicht Schwellen? Kommunizieren sie die Tatsache: Wenn du diese Schwelle überschreitest, dann betrittst du den Tempel des Bildungsbürgers. Oder kommunizieren die Räume auch eine gewisse Durchlässigkeit für die Stadtgesellschaft? Das sind auch entscheidende Punkte.

Ich habe kürzlich in einer Volkshochschule gegessen. Da ging es darum, mehr Leute mit Migrationshintergrund in die VHS, in die professionellen Strukturen, aber auch in die Kurse zu bekommen. Da sitzen wir dann in einem Raum, in dem – einmal böse gesagt – lauter tote weiße Männer an der Wand hängen, darüber hinaus Plakate zu Aufführungen von Stücken von Goethe, Schiller und so weiter. Da sitzt man also in einem Raum, der aber auch mit jeder Faser kulturelle Homogenität signalisiert, und denkt darüber nach, wie man da mehr Leute mit Migrationshintergrund hereinholt. Das geht nicht. Im Britischen spricht man von „designing for diversity“, man muss sich also ein Design ausdenken, das vielfältige Perspektiven, Hintergründe und Voraussetzungen anspricht.

Es muss dabei nicht immer alles gelingen. Man muss nicht in jedem Fall feststellen, dass alles etwa nach fünf Jahren total erfolgreich verlaufen ist. Vielleicht sind bestimmte Dinge auch nicht erfolgreich. Es bedarf der Bereitschaft zur Veränderung, zum Experiment. Man sieht, auch in Großbritannien ist nicht alles richtig gemacht worden. Vielleicht befinden wir uns in Deutschland gerade sogar in einer relativ kreativen Situation, weil wir noch nicht diese lange Geschichte von Ideen darüber haben, wie Interkultur gehandhabt werden kann.

In Belgien zum Beispiel ist man gerade sehr kreativ, weil man in Belgien wie in Deutschland lange Zeit gar keine adäquaten Konzepte gehabt hat. Das bringt die Belgier gerade dazu, über vieles jetzt kreativ nachdenken zu können. Es gibt zum Beispiel interessante Vorschläge aus dem Königlichen Flandrischen Theater in Brüssel – man kann das nachlesen auf der Internetseite der Dramaturgischen Gesellschaft –, das sehr intensiv darüber nachgedacht hat, wie es Urbanität in seinen Strukturen verkörpert. Da wurde die Leitungsebene zugunsten eines achtköpfigen Gremiums aufgelöst, das aus verschiedenen, nicht nur theateraffinen Richtungen stammt. Damit soll eine neue Programmgestaltung für die Stadt gewährleistet werden. Das Ensemble wurde weitgehend aufgelöst, um mehr Produktionen zu ermöglichen. Man hat sich schlicht und ergreifend auf eine ganz vielfältige Art und Weise strukturell auf die Urbanität eingelassen, die man verkörpern will. Man hat versucht, damit einen neuen interkulturellen Raum zu definieren.

Das ist das, worum es jetzt geht. Die Veränderungen, die man jetzt anstreben kann und sollte, sind aus einem ureigensten Interesse anzustreben, nämlich um als Institution in einer vielfältigen Gesellschaft zu überleben. Demographische Zahlen zu den Menschen mit Migrationshintergrund sind ja teilweise schon genannt worden. Es geht auch darum, Innovation für die jeweiligen Kulturinstitutionen anzuschieben, um neue interkulturelle Räume und Stoffe zu finden.

Ein paar letzte Bemerkungen noch. Ich glaube, in diesem Rahmen hier geht es auch noch einmal darum, über Kultur im Allgemeinen nachzudenken. An allen Ecken und Enden wird gerade genau über dieses Thema nachgedacht. Ich habe in den letzten Jahren, vor allem seitdem mein Buch „Interkultur“ erschienen ist, mit vielen Leuten geredet.

Aber in dem Moment, wo es gilt darüber nachzudenken, geht es natürlich auch ein bisschen ans Eingemachte. Man muss den Kulturbegriff insgesamt noch einmal überdenken.

Um welchen Kulturbegriff geht es hier eigentlich? Das sind wirklich viele Brocken aus vielen Einzelbestandteilen, die sich da zusammensetzen. Da geht es im Rahmen von Kultur immer noch um Emanzipation, es geht um Autonomie, einen Begriff der noch aus der Avantgardekunst stammt, es geht um nationale Kultur, es geht um Bildung und so weiter – aber worum geht es genauer? Wenn man beginnt, Kulturinstitutionen in Bezug auf Vielfalt zu reformieren, muss man auch darüber nachdenken, dass sich die Kulturrezeption und -produktion in der Gesellschaft verändert hat.

Wir bringen sehr oft Kultur immer noch in Verbindung mit Bedeutung, mit Bedeutungsproduktion. Aber Kultur ist mittlerweile sehr stark das, was der Philosoph Gernot Böhme eine Atmosphäre genannt hat. Wir sind also immer noch sehr stark mit Urteilen über Kultur befasst, während man den Bereich auch erweitern kann, indem man jegliche ästhetische Arbeit einbezieht. Das hat Gernot Böhme gemacht, indem er etwa darauf hinweist, dass man, wenn man auf der Straße entlang geht, wahnsinnig viele Leute antreffen kann, die ästhetische Arbeit an sich selbst verrichten und die damit den Bereich des Ästhetischen betreten, was eine bestimmte Atmosphäre erzeugt.

Wer etwa über Popkultur nachdenkt, stößt heutzutage auf das Phänomen Lady Gaga. Ich habe lange versucht, Lady Gaga zu verstehen, und bin davon ausgegangen, dass dieses Phänomen eine Bedeutung transportiert, die ich nur interpretieren muss. Aber irgendwann hat mir dieser Begriff der Atmosphäre von Gernot Böhme klargemacht, dass Lady Gaga überhaupt keine Bedeutung hat. Sie erzeugt eine bestimmte Atmosphäre, und mit dieser Atmosphäre kann man dramatische ästhetische Erlebnisse machen, ohne dass sie eine Bedeutung haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Wer über Kulturproduktion nachdenkt, der denkt – glaube ich – immer noch in Kategorien von Neu und Alt darüber nach. Ich glaube aber, dass es besser ist, ganz im postmodernen Sinne, in der Kategorie von Gleichzeitigkeit zu denken. Für viele, vor allem junge Leute, sind viele Referenzsysteme verloren gegangen. Die haben gar keine besondere Idee mehr davon, was Tradition ist. Das gilt auch für die einheimischen Jugendlichen. Für die bewegt sich das, was neu und alt ist, alles auf einer Ebene. Durch das riesige Archiv des Internet ist das ja alles – das Neue und das Alte – auch permanent und gewissermaßen gleichzeitig verfügbar.

Kommen wir zum Stichwort Rezeption. Auch damit kommt man heute nicht mehr weit. Das bloße Rezipieren, etwa das Anschauen schöner Bilder, reicht den Menschen nicht mehr. Viele wollen auch partizipieren, selbst etwas machen. Das ist ein Bedürfnis, das dieser Tage von TV-Formaten wie „Deutschland sucht den Superstar“ besser erfüllt wird, und da gibt es keinen Mangel an Personen mit Migrationshintergrund, die da mitmachen wollen. Das ist pervers, aber es geht jetzt nicht darum, das zu beurteilen. Es geht nur darum, dass es ein solches Bedürfnis gibt und dass das in diesen Shows aufgegriffen wird.

Dann glaube ich, dass Emanzipation nichts mehr ist, worauf man einfach so rekurren kann, das heißt die Idee, man müsse jemanden befreien. Die Menschen setzen heutzutage einfach voraus, dass sie bereits frei sind. Das ist das Ergebnis von 20 Jahren Neoliberalismus. Die halten sich für frei und für selbstverantwortlich. Aber worauf baut man dann auf, was die ästhetischen Maßstäbe angeht? Da macht es, glaube ich, mehr Sinn, auf eine konversationelle Ästhetik hinzugehen.

Auch die Frage der Autonomie hat sich aufgelöst, wichtiger ist den Menschen heute das Sein in der Öffentlichkeit. Man trimmt sich sozusagen darauf, in der Öffentlichkeit gesehen zu werden. Das sind alles Formen von ästhetischer Arbeit, die sehr wichtig geworden sind und die Einfluss auf das Rezeptionsverhalten haben.

Zum Schluss komme ich auch noch zum Begriff Wissen. In einem modernistischen Sinne von Expertenwissen über Kunst und Kultur funktioniert der auch nicht mehr. Vielmehr bedarf es etwas, was der Rapper Kool Moe Dee mal als „funke wisdom“ bezeichnet hat. Kool Moe Dee war ein Rapper, der für die Schwarze Community eine Musik gemacht hat, die sie „conscious“ machen, die ihr also „knowledge“ vermitteln sollte, um sich zu wehren in der amerikanischen Gesellschaft. „Knowledge“ war dabei die Kategorie, die lange im Vordergrund gestanden hat, aber dann hat Kool Moe Dee umgedacht und ein Stück mit dem Titel „Funke Wisdom“ gemacht. Darin hieß es: „Knowledge ain't enough, you need funke funke wisdom.“

Ich finde den Begriff „funke wisdom“ sehr interessant, weil er auf der einen Seite anspielt auf die alternativen Wissensbestände, die in der Gesellschaft verbreitet sind, also die unterschiedlichen Referenzsysteme, die Individuen dieser Tage haben. Das sind sehr verteilte Referenzsysteme, die sehr viel auch mit Medien, mit Bildern, die man mit Mediennutzung erhalten hat, zu tun haben. Auf der anderen Seite ist „funke wisdom“ etwas, das außerhalb einer bestimmten Abstraktion funktioniert. Es ist nicht das Expertenwissen, sondern gemeint ist, dass man eine bestimmte Form von Wissen praktisch anwendet und das auch mit einer gewissen Kreativität tut. Insofern wünsche ich uns allen im Kulturbereich „funke funke wisdom“. Vielen Dank.

Quellenhinweis: Wiedergabe nach der Mitschrift der Tonaufzeichnung.

Zum Referenten:

Dr. Mark Terkessidis ist freier Autor und lebt in Berlin und Köln. Seine letzten Veröffentlichungen:

- "Fliehkraft. Gesellschaft in Bewegung. Von Migranten und Touristen.", Köln 2006 (zusammen mit Tom Holert)
- "Interkultur", Berlin 2010.

http://de.wikipedia.org/wiki/Mark_Terkessidis

Dr. Volker Bandelow, Leiter des Kulturreferats der Stadt Gelsenkirchen

Referat 2: Migranten sind in der Stadt! – Real(Kultur)Politik in einer altindustriellen Großstadt

Vorgestern feierte die Stadtbibliothek Gelsenkirchen ihr 100-jähriges Bestehen mit einem Festakt im Schloss Horst. Das musikalische Begleitprogramm steuerte die Brass Band der Gesamtschule im Stadtteil Horst bei. Die zahlreichen Mittelstufler mit erkennbar migrantischem Hintergrund in einem Schulorchester fallen auf der Bühne hier schon lange nicht mehr auf. Vielleicht noch dieses eine Mädchen. Eine der vier Lead-Trompeten, die das Geburtstagsständchen so schmissig und groovy vorantreiben. Die Trompete lugte aus einem hellwachen Gesicht, das von einem Kopftuch umkränzt war. Ganz offensichtlich eines dieser sogenannten „Kopftuchmädchen“, die jenen ehemaligen Finanzsenator und Banker so sehr erschrecken. Solche Szenarien sind in Gelsenkirchen ganz normal. Die wirklichen Probleme sind hier ganz andere.

Fast 50 Prozent aller Kinder im dritten Kindergartenjahr kommen aus Familien, die mit einem Jahreseinkommen von unter 17.000 € brutto überleben müssen. Die Familien von nur 20 Prozent der Kinder im dritten Jahr haben mehr als 40.000 € brutto im Jahr.

Gelsenkirchen ist eine der vielen altindustriell geprägten Städte im Ruhrrevier. Hierhin zogen seit den 1960er Jahren Arbeitsimmigranten – aus Italien, aus Portugal, Spanien, Korea und schließlich aus der Türkei. Übrigens: 80 Jahre vorher hatten sich – schon vergessen? – die Arbeitssuchenden von jenseits der Oder auf den Weg in die Kohlegruben und Stahlwerke zwischen Ruhr und Emscher gemacht. Doch davon später mehr ...

Sie sind nicht gekommen, um zu bleiben – und doch sind Viele geblieben. Nicht immer freiwillig, auch gezwungen aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen. Zunehmend aber schlichtweg auch, weil Heimat da ist, wo man geboren und aufgewachsen ist. Und in diesen Jahren wird hier zum Teil die vierte Generation der in Deutschland lebenden „Gastarbeiter“ geboren.

Und dann machten die Zechen und Stahlwerke einfach dicht. Nicht mehr konkurrenzfähig im Weltmarkt. Verschwunden sind die lohnintensiven Arbeitsplätze in der Massengüterindustrie. Übrig bleiben – oder neu angesiedelt werden – die Arbeitsplätze für spezialisierte Fachkräfte. Für jene mit Ausbildung und Bildung.

Was heißt das demographisch in Gelsenkirchen? Heute leben hier 259.000 Menschen. 61.000 davon – das sind 23,7 Prozent - haben statistisch einen „Migrationshintergrund“. Sie korrelieren signifikant mit Menschen in wirtschaftlichen Notlagen; vielfach begründet durch Arbeitslosigkeit.

Einen „Migrationshintergrund“ zu haben, heißt hier, dass der erste oder der zweite Pass nicht-deutsch ist. Legte man die Definition des Integrations- und Teilhabegesetz NRW zugrunde, wäre der Anteil der „Migranten“ noch deutlich größer. Dann kämen noch all die hinzu, die selber oder von denen mindestens ein Elternteil nach dem 1. Januar 1950 nach Deutschland zugewan-

dert sind. Grundsätzlich bezweifle ich allerdings die Brauchbarkeit sowohl des statistischen wie des gesetzlichen Begriffs „Migrationshintergrund“ für eine sozialwissenschaftliche Analyse oder für eine (kultur)politische Planung.

Ein Blick in die Zukunft lässt eine Umkehrung der Verhältnisse erwarten: 43.100 Menschen sind heute in Gelsenkirchen unter 18 Jahre alt. Davon sind nur noch 54,6 Prozent (23.500) deutsch ohne eine zweite Staatsbürgerschaft. Im Segment der unter 10-Jährigen sind es noch die Hälfte und darunter, bei den Kindern zwischen drei und sechs Jahren trifft dies nur noch auf 49 Prozent zu.

Das bedeutet: In den Grundschulen haben 55 Prozent der Schüler/innen einen „Migrationshintergrund“. In den Hauptschulen verbleiben 58 Prozent, in den Realschulen 39 Prozent, in den Gymnasien 27 Prozent und in den Gesamtschulen 53 Prozent.

Oder mit anderen Worten: Wo und wie auch immer wir jetzt und in künftigen Jahren in Gelsenkirchen kulturelle Jugendarbeit, kulturelle Bildung, Schulkulturarbeit oder was auch immer in der Zielgruppe unter 18 Jahren anbieten, dann wird dort ganz selbstverständlich fast jeder zweite Teilnehmende einen „Migrationshintergrund“ haben. Was im Übrigen auch für Sportvereine, Jugendeinrichtungen o.ä. gilt.

Kurz: Die Lebensrealität in Gelsenkirchen ist: Migranten sind in der Stadt.

Migranten waren übrigens schon viel früher in der Stadt: 1870 lebten im Ruhrgebiet 500.000 Menschen, 40 Jahre später waren es bereits drei Millionen. Davon hatten eine halbe Million Menschen – also jeder sechste! – seine familiären Wurzeln jenseits von Oder und Neisse!

Wir zeigten vor einigen Jahren in Gelsenkirchen die sehr informative Ausstellung „Kazmarek und andere“ – über die Geschichte der Polen im Ruhrgebiet. Wie „aktuell“ war darin doch die Amtsstube der „Ausländerbehörde“ von Marl aus der vorletzten Jahrhundertwende. In ihr materialisierte sich all das Misstrauen gegenüber der anderen Kultur, die Angst vor „Überfremdung“, der Nationalismus. Schon damals bemühte sich die Obrigkeit jene fremdsprachigen Predigten zu verstehen und jene neuen Rituale zu unterbinden, die den Migranten offensichtlich Stärke und Verbundenheit in der fremden Welt gaben.

Keine 50 Jahre später waren die Schimanskis, Szepans, Sikorskis, Czepanskis und Czymziks vollständig integriert. Warum? Worin liegt der Unterschied zu den Kasims, Karas, Kaliskans, Özgans und Öztüks von heute?

Wahrscheinlich in der Satellitenschüssel auf dem Dach und dem Internetanschluss im Keller – der schnelleren Kommunikation und der Mobilität. Heute fliegt man in vier Stunden in das Herkunftsland der Familie, telefoniert in Echtzeit und mit Sondertarifen ins alte Dorf, sieht über Satellit das gleiche Programm wie die Verwandten dort. Selbst die Hochzeiten können für diese live per Internet übertragen werden.

Der Discounter und der Bäcker sprechen nicht nur die Muttersprache – sie beziehen ihre Ware teilweise direkt aus der Heimat. Keine Notwendigkeit

zunächst, sich Sprache und Sitten anzueignen oder in einen intensiven Austausch einzutreten. 37 Prozent der Gelsenkirchener Kindergartenkinder leben in Familien, in denen nicht überwiegend Deutsch geredet wird.

Das ist die Realität der Globalisierung und kein typisch deutsches Phänomen. Es ist in den USA bei der Integration der Latinos ebenso nachweisbar wie in den ehemaligen Kolonialländern Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden. Ein solches Festhalten an der „Heimatkultur“ ist nicht „vorwerfbar“, sondern resultiert aus den Möglichkeiten unserer Zeit. Es ist in der Kulturarbeit zu berücksichtigen und nicht zu beklagen.

Reden wir also über eine kommunale Kulturarbeit unter diesen realen Bedingungen. Eine Kulturarbeit, die sich den Menschen dieser Stadt verpflichtet sieht – und dazu zählen natürlich immer auch die Menschen mit migrantischem Hintergrund und mit mehr oder weniger starken Brücken ins Ursprungsland. Sie leben in dieser Stadt, sie zahlen Steuern wie die anderen auch, und sie sind von einer dienstleistungs- und serviceorientierten Verwaltung als „Kunden“ ebenso zu berücksichtigen wie alle anderen auch. In erster Linie nicht als „Problem“, sondern als gleichberechtigter Teil des Ganzen, als Entwicklungspotential.

Spricht man über „Kultur“, sollte zunächst geklärt sein, welcher Kulturbegriff zugrunde gelegt wird und welcher nicht: Ich verwende im Folgenden nicht den ethnologischen Kulturbegriff und rede somit auch nicht über die islamische Welt als wichtigen, kulturhistorisch überaus relevanten Kulturraum und nicht über die Einflüsse dieses Kulturraums auf Europa.

Und ich rede auch nicht über das eurozentrische Welt- und Geschichtsbild, mit dem die Geschichtsdidaktik genau diesen Einfluss unzulässig ignoriert. Obwohl es von jenen islamisch geprägten Schüler/innen in unseren Schulen durchaus als Ausgrenzung und Kränkung erlebt werden kann, dass sie und ihre Mitschüler etwas von Karl den Großen oder dem deutschen Ritterorden im heutigen Polen lernen, nichts aber über den Ursprung der Laute von der Oud, nichts über jene Gewürze aus Arabien, welche mittelalterliches und renaissancezeitliches Essen erst schmackhaft machten, nichts über die Baukunst frei tragender Gewölbe und auch nichts über die religiöse und kulturelle Toleranz islamischer Herrscher in Spanien, bevor die christliche Reconquista das Land mit Blut, Inquisition und Terror überzog. Hier wird generell die Chance vertan, über den gleichberechtigten Vergleich historischer Erfahrungen von menschlichen Gemeinschaften (z. B. von Vertreibung, Ausgrenzung, Staatenbildung u.a.) den Unterricht international zu weiten.

Vielmehr lege ich den Kulturbegriff der UNESCO zugrunde, nach dem „Kultur ist, wie der Mensch lebt und arbeitet.“ Ich sehe Kulturarbeit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die unmittelbar in die Stadtgesellschaft wirkt und dort den Zugang zu kultureller Bildung, zu Teilhabe und Selbstverwirklichung realisiert bzw. Freude daran weckt. Da, wie oben beschrieben, die Menschen mit „Migrationshintergrund“ ein wachsender Teil dieser Stadtgesellschaft sind, sind sie gleichfalls anzusprechen und sind ihre Bedürfnisse gleichfalls zu berücksichtigen – was allerdings, wie wir noch sehen werden, zu besonderen Herausforderungen und Fragestellungen führt.

Systematisch lassen sich in der kommunalen Praxis heute folgende Zugänge zum Themenfeld „interkulturelle Arbeit“ differenzieren. Dabei dient die Differenzierung der Analyse – in der Praxis zeigen sich selbstverständlich immer wieder Mischformen.

1. Die ältesten Angebotsformen sind „Folklore und Themenwochen“. Dazu zählt das, was sich der (deutsche) Laie so als (türkische, spanische, italienische, portugiesische) Kultur vorstellt. Das hat dann mit der zeitgenössischen Kunst und Kultur des jeweiligen Landes so viel zu tun, wie Schuhplattler heute mit Bayern. Die Grenzen zu (erhofften oder realen) touristischen Urlaubserfahrungen sind fließend. Entsprechend ist die Veranstaltung im Ergebnis auf die Präsentation vor der und für die nicht-migrantische Bevölkerung ausgerichtet.

2. Unter der Programmformel „Andere Kulturen kennen lernen“ werden künstlerische Präsentationen aus den Herkunftsländern in den Fokus gerückt. Mit Blick auf potentielle Sprachbarrieren werden dabei v.a. Musik- und Tanzensembles eingeladen, in letzter Zeit auch Theatergruppen und Literaten. Vorreiter waren hier die „Weltmusik“-Angebote, gefolgt von herausragenden Tanz-, Theater- und klassischen Musikangeboten. Bei Lichte betrachtet hatten diese aber nicht wirklich die jeweiligen örtlichen Migrantengemeinschaften im Fokus. Vielmehr erweiterte ein bestimmtes, nicht selten avantgardistisches, bürgerliches Milieu seinen Erfahrungshorizont.

3. Erst in jüngster Zeit werden auch Theatergruppen, Literaten und Musikensembles aus den Herkunftsländern (nur) für eine lokale Zielgruppe eingeladen, die entsprechend sprach- und kommunikationskundig ist – also nach der Programmformel „Besuch aus der ‚Heimat‘“. Kommunale Angebote dieses Typs sind vereinzelt zu finden, oftmals aus den Communities heraus selbst organisiert. Speziell für jüngere Menschen ist auch ein nennenswerter Veranstaltungsmarkt entstanden, der (sprachlich) meist abgeschottet ist. Die Werbung erfolgt durch Mund-zu-Mund-Propaganda, über fremdsprachige Sender und ´social networks` oder durch Plakate, die offensichtlich auch nur für die jeweilige Community gemacht sind.

4. Beseelt von dem Wunsch, auch Einwohnern mit Migrationshintergrund Zugang zu („bürgerlicher“) Kultur zu verschaffen, wurden in den letzten Jahren zunehmend entsprechende Programme für diese Zielgruppe aufgelegt und gefordert. Gerne lud man Ensembles mit klassischem Repertoire aus den Ursprungsländern ein. So spielte eine iranische Theatergruppe Goethes Faust oder ein türkisches Orchester spielte Mozart resp. einen türkischen „klassischen“ Komponisten. Inwieweit solche Veranstaltungen dann auch von der örtlichen Zielgruppe besucht wurden, dürfte signifikant von der Sozialstruktur der jeweiligen Stadt abhängen.

Denn bei der Bewertung der Resonanz sollte man nicht vergessen: Nach einschlägigen Studien sind 5 Prozent der Bevölkerung „Kulturkenner“, 15 Prozent an Kultur interessiert und 25 Prozent nutzen gelegentlich Kulturangebote. Statistisch aus dem Bundesdurchschnitt heraus gerechnet müssten im „migrantischen“ Teil Gelsenkirchens ca. 900 „Kulturkenner“, 2.600 Interessierte und 4.400 gelegentliche Nutzer leben. Diese schlichte Rechnung berücksichtigt aber noch nicht die spezifische Sozial- und Bildungsstruktur der Gelsenkirchener migrantischen Bevölkerung. Immerhin reiste deren erste

Generation damals überwiegend aus ökonomischen Gründen als ungelernete Arbeiter für die Massengüterindustrie ein.

Als modernste Ausprägung dieses Gedankens sei auf die Idee des „audience development“ verwiesen, die aktuell die Dramaturgien und Marketing-Abteilungen der Theater und Orchester beschäftigt. Aber auch das Angebot türkischsprachiger Führungen in Kunstmuseen fällt in diese Kategorie.

Betrachtet man die Publikumsstruktur solcher Veranstaltungen ehrlich, so sollte auch die Frage erlaubt sein, wie viele Zuschauer bei genauerer Betrachtung die Veranstaltung aus Gründen des „guten Willens“ oder der „political correctness“ besuchen und wie viele darin tatsächlich das erwünschte Ziel einer gelungenen Abendgestaltung sehen – und diese Fragen sollten an die Vertreter aller Communitys gestellt werden ...

5. Selbst wenn es von den Medien und professionellen Kulturbeobachtern in der Regel nicht wahrgenommen wird: Es gibt in vielen Communitys ein lebendiges, traditionell geprägtes Kulturleben, oft integriert in Migrantenvereine oder angeschlossen an Kirchen/Moscheen. Dazu zählen Tanzgruppen, Gitarren-, Saz- und Baglama-Ensembles aber auch herausragende Musiker, die jedoch nur auf Hochzeitsveranstaltungen oder in bestimmten Lokalen/Teestuben spielen. Die Förderung eines solchen Kultur(vereins)lebens sollte gleichrangig zu anderen Kulturvereinen in der Stadt und mit dem gleichen finanziellen Instrumentarium (welches von der Finanzkraft und den Traditionen der Stadt abhängig ist) erfolgen. Sie scheitert aktuell leider noch zu oft an fehlender Kommunikation und sprachlichem Verständnis, da diese Ensembles außerhalb ihrer Community nur selten an die Öffentlichkeit gehen und ihre Bedürfnisse formulieren. Oft sind sie (und ihre Bedürfnisse) nur den Integrationsbeauftragten bekannt.

6. Ebenfalls dem lokalen Kulturleben zuzuordnen ist die junge migrantische Kulturszene, die sich aber deutlicher in Jugendzentren, Schulen o.ä. öffentlich zeigt und oft zumindest mit Gleichaltrigen (auch Nicht-Migranten) eng vernetzt ist. Ihre musikalischen, tänzerischen und künstlerischen (Graffiti) Ausdrucksformen orientieren sich an globalen Standards, die über die neuen Medien gesetzt werden. Insofern erlangen sie als Teil einer lebendigen Jugendszene auch schneller die Aufmerksamkeit der lokalen Kulturpolitik. Hier sind zudem die Grenzen zur allgemeinen Jugendkulturförderung selten eindeutig zu ziehen.

7. Schließlich ergibt sich ein Zugang zur interkulturellen Arbeit durch besondere Schwerpunktsetzungen in der kulturellen Bildung. Das kann sich z.B. einerseits durch spezielle Förderprojekte und Programminhalte für Schulen mit hohem „Migranten-Anteil“ äußern. Es kann sich aber auch in (Schul)Projekten niederschlagen, die ausdrücklich die spezifischen Ausdrucksformen und Leistungen von Kunst und Kultur der Herkunftsländer thematisieren und nicht nur die Zielgruppe „Migranten“ haben.

8. Die komplexeste Form interkultureller Arbeit sind aktivierende Kulturprojekte, wie z.B. das Theaterprojekt „homestories“ von Nuran Calis und Jugendlichen aus Essen-Katernberg, das das Schauspiel Essen mit großer Öffentlichkeitswirkung in das Kulturhauptstadtprogramm 2010 eingebracht hat. Das Wupper Theater in Wuppertal führt jetzt im 20. Jahr regelmäßig solche

von Workshops begleiteten interkulturellen Projekte für alle Altersgruppen durch, die immer auch zu konkreten Stücken führten. Zunehmend rücken auch bei aktivierenden Kulturprojekten Jugendliche in den Fokus. Nicht zuletzt, weil das Land NRW und diverse Stiftungen solche Ansätze fördern.

Diese Art der Kulturarbeit hat sicherlich die größte Nachhaltigkeit bei allen Beteiligten, braucht aber auch in besonderem Maße Professionalität, Zeit und Personalressourcen – also Verlässlichkeit und Geld.

Die verschiedenen Formen interkultureller Arbeit lassen einen sehr unterschiedlichen Blick auf das Thema erkennen:

Zunächst sollte man sich und anderen gegenüber dahingehend ehrlich sein, dass man, wenn man von „Migranten“ redet, de facto eine bestimmte Gruppen (Communitys) von Migranten aus bestimmten Herkunftsgebieten meint. Selbst in einer deutschen Stadt mit einer englischen Garnison (und entsprechender Bevölkerungsstruktur) würde man es sicher nicht als Beitrag zur interkulturellen Arbeit bezeichnen, wenn man ein Konzert von Amy McDonald oder Adele organisiert. Macht man hingegen selbst im Ruhrgebiet eine Programmreihe mit tunesischen, marokkanischen oder türkischen Künstlern, freut sich der Ratsausschuss für Integration über einen Bericht.

Sogar zwischen der Wahrnehmung von Angeboten, die spanisch, portugiesisch, griechisch oder italienisch geprägte Communitys im Fokus haben, und solchen, die für Bevölkerungsgruppen mit türkischen, arabischen, orientalischen oder Roma-Wurzeln oder deren Familien aus den ehemaligen Sowjetstaaten oder den Balkanländer stammen, angeboten werden, erlebt man deutliche Unterschiede. Diese unterschiedliche Wahrnehmung wird maßgeblich von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der jeweiligen „Migranten“-Communitys beeinflusst.

Insofern sollten wir ehrlich sein: Aus diesem Blickwinkel geht es bei der Kulturarbeit mit und für „Migranten“ in den altindustriellen Großstädten häufig um sozial und ökonomisch marginalisierte Bevölkerungskreise. Die beste Kulturarbeit wäre hier, wenn diese Ausgrenzungen behoben würden. Durch bessere Bildungs- und Berufschancen. Durch die gleiche emanzipatorische, aktivierende und fördernde Kulturarbeit, die auch andere Bevölkerungsgruppen in dieser Situation dringend brauchen.

Verengt man den Blick bei „Migranten“ allerdings auf sozioökonomisch prekäre und bildungsferne Lebenslagen, dann stigmatisiert man zunehmend andere Teile der Migranten-Communitys. Denn zwischenzeitlich sind Migrantengenerationen herangewachsen, deren Eltern bereits hier geboren sind und die sich ganz selbstverständlich als Bürger der Stadt verstehen, ausgebildet und steuerzahlend sind – aber trotzdem als „Migranten“ wahrgenommen werden. Sie haben so viel und so wenig Interesse an Kunst und Kultur wie andere Bevölkerungsteile in altindustriellen Großstädten auch. Dort, wo familiär Zugänge vorhanden sind oder schulisch bzw. in der außerschulischen Jugendarbeit geweckt werden konnten, ist die Teilhabe ausgeprägter. Dort, wo TV und Internet die Freizeit bestimmen, wird der Gang in ein Museum oder ein Theater eher gescheut. Auch hier sind die Jugendlichen mobiler und offener gerade für die internationalen Kulturangebote. Aber die Behauptung, dass mehr Deutsche mit türkischen Wurzeln in ein Sinfonisches Kon-

zert gehen würden, wenn dort ein türkischer Komponist gespielt wird, muss erst einmal bewiesen werden. Wahrscheinlicher ist, dass vorrangig die generelle Affinität zu Sinfoniekonzerten den Ausschlag gibt, ob jemand den Weg dahin findet oder nicht.

So wie Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Journalisten gehören zu den hier geborenen und ausgebildeten Migranten natürlich auch Künstlerinnen und Künstler oder Unternehmer/innen in der Kreativwirtschaft, in der Musik-, Medien- oder Veranstaltungsbranche. Zwar sind es in altindustriellen Gebieten aufgrund der soziokulturellen Struktur der ersten Generation sicher deutlich weniger als in den wachsenden Medien- und Handelszentren, aber auch sie können und müssen aktiv und gleichrangig in die kommunale Kulturarbeit eingebunden werden.

Mit anderen Worten – es ist wichtig, „Migranten“ nicht in erster Linie als Objekte staatlichen Handelns, als „Kunden“ für „Angebote“, als „Hilfsbedürftige“, als „Probleme“ zu sehen, wie dies im überwiegenden Teil der o.g. Zugänge zur interkulturellen Arbeit erkennbar wird, sondern auch als aktiv handelnde, als gestaltende, teilhabende Mitbürgerinnen und Mitbürger. In jedem Fall ist das Themenfeld deutlich heterogener, als es mit dem statistischen oder gesetzlichen Begriff „Migrant“ beschrieben werden kann.

Doch aus der Gesamtschau des bisher Dargestellten ergeben sich in der kommunalen Praxis bisher noch nicht gelöste Probleme, auf die ich abschließend noch theseförmig eingehen möchte:

1.

Das Fremdbild und das Selbstbild der „Migranten“ sollte (selbst)kritisch hinterfragt werden. Dass und wie unterschiedliche Migrantengruppen unterschiedlich als „Migranten“ wahrgenommen werden, ist oben bereits angesprochen worden. Zudem gilt gerade für die hier in der zweiten oder dritten Generation geborenen Menschen, dass sie sich als Bürger dieser ihrer Stadt sehen wollen – und das auch so lange können, bis sie von anderen Mitbürgern ob ihres Status angefeindet werden. Mit der Etikettierung „Migrant“ öffnet sich in der Regel bereits eine Abgrenzungsfalle („ihr da“ – „wir hier“), die die weitere Kommunikation bestimmt und zwar selten gleichberechtigt.

Es wäre sicherlich hilfreich, wenn zuerst die individuellen Fähigkeiten und Defizite in Rede stehen würden, dann eine Zuordnung zu spezifischen (Ziel-) Gruppen für kulturpolitische Intervention (Theaterinteressierte, unterschiedlich Sprachkompetente, Künstler, Amateurmusiker, Veranstalter) und erst dann – wenn es überhaupt für eine Differenzierung hilfreich ist – eine Zuordnung zu einer Ethnie oder einem Passstatus.

2.

„Migranten“ sind keine homogene Gruppe – auch nicht innerhalb einer Ethnie! Die Menschen sind aus unterschiedlichen Gründen (Arbeitssuche, Flucht vor Verfolgung, Flucht vor Verhungern, Sehnsucht nach Freiheit, Liebe, Verpflichtungen) nach Deutschland gekommen. Ihre Traditionen, ihr Bildungshorizont, ihre Lebenswünsche, ihre Zukunftsvorstellungen, ihr Aktivitätspotential, ihre Lernbereitschaft (-fähigkeit) sind so unterschiedlich wie Kiesel im Bach. Und Familiengeschichten wie Migrationsgründe beeinflussen auch noch über mehrere Generationen unterschwellig die Persönlichkeit ein-

gewanderter Deutscher. Da ist „die Türken“, „die Russen“, „die Griechen“, „die Spanier“ schon eine erste Ausprägung von Diskriminierung. Eine Kulturarbeit, die diese diametral unterschiedlichen „kulturellen“ Hintergründe nicht berücksichtigt, nimmt die Bürger bzw. Einwohner, denen sie verpflichtet ist, nicht ernst.

3.

Durch die leider noch sehr signifikante (historisch begründete) Korrelation zwischen „migrantischem Hintergrund“ und Bildungsferne bzw. Schwierigkeiten beim sprachlichen Ausdruck bei immer noch recht großen – wenn auch schrumpfenden – Teilen der Communitys entstehen Probleme mit der kulturellen Teilhabe, die eigentlich nicht spezifisch dem Migrantenstatus geschuldet sind, sondern die so auch schon aus den 60er Jahren bekannt sind. Damals ging man davon aus, dass die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebiets an Kunst und Kultur herangeführt werden müsste und entwickelte gezielt Konzepte der Volksbildung und der Kulturpädagogik. Heute sieht man etwas differenzierter, dass bestimmte Milieus mit bestimmten Kulturvorlieben korrelieren (dazu ausführlich die SINUS-Studie). Da hilft es auch nichts, wenn man im Kunstmuseum eine Führung in türkischer Sprache anbietet. Will man Begeisterung und Interesse an Kunst und Kultur in Bevölkerungsschichten wecken, die dazu bisher keinen Zugang hatten, braucht es eigene, dann natürlich auf die Zielgruppe und ihre Lebenslagen zugeschnittene Förderprogramme.

4.

Kommunale Kulturverwaltung ist Teil des Staatsapparates. „Migranten“ haben je nach Herkunftsland unterschiedliche Erfahrungen mit „Staat“ verinnerlicht. Auch wenn das Individuum die Erfahrungen nicht selbst gemacht hat, so sind sie doch durch Erzählungen und Einstellungen der Familie auf ihn/sie übertragen worden. Während z.B. in den ehemaligen Sowjetstaaten ein allmächtiger Staat erfahren wurde, der sich bis in konkrete Lebensverhältnisse dirigistisch einmischen kann, wurde in der Türkei lange Zeit ein sehr repressiver Staat erlebt. Das in Deutschland und speziell im Aufgabengebiet „Kultur“ gepflegte Staatsverständnis eines dienenden, subsidiär tätigen, fördernden, aber an Gesetze und Vorschriften gebundenen Staates ist jenseits des Erfahrungshorizontes der meisten Migranten-Communitys. Insofern nutzen und fordern die so sozialisierten Individuen die kommunalen Kultur- und Kulturförderangebote deutlich seltener als Nicht-Migranten. Das reicht von Förderanträgen für Projekte bis hin zu dem Nutzen kommunaler Veranstaltungskalender etc. Teilweise sind der Kulturverwaltung Kulturinstitutionen und -angebote innerhalb der einzelnen Communitys gar nicht bekannt. Hier wäre eine „aufsuchende Kulturarbeit“ oder der Einsatz von „Grenzgängern“ wünschenswert – d.h. Personen, die sowohl in den Communitys als auch mit einer Kommunalverwaltung kommunikationsfähig sind. Leider fehlen dazu die Personalressourcen.

5.

Kommunikationsprobleme bestimmen auch Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Wie die Erfahrung zeigt, hat schon manche „extra für XX organisierte“ Veranstaltung vergeblich auf Publikum gewartet. Andererseits ist plötzlich die selbstorganisierte Theaterveranstaltung einer semiprofessionellen Istanbuler Theatergruppe brechend voll, obwohl keine Werbung erkennbar war. Ganz offensichtlich funktionieren v.a. in türkisch-stämmigen Communitys die Infor-

mationswege anders. Hier wird auf andere Vertriebsmedien und stärker auf Mund-zu-Mund-Werbung gesetzt. Möglicherweise könnten auch hier (sprachkundige) „Grenzgänger“ helfen. Das Themenfeld sollte aber in jedem Fall intensiver untersucht werden.

6.

Allerdings sollte man auch nicht verschweigen, dass bestimmte Kulturaktivitäten, wie sie häufig in den Communitys gepflegt werden (z.B. Amateurmusik, Laientanz), in den altindustriellen Großstädten besonders unter dem Primat leerer Kassen schon lange nicht mehr öffentlich gefördert werden (dürfen). Insofern kann ein Gerechtigkeitsproblem entstehen, wenn nun unter dem Primat „Migrantenförderung“ mit zweierlei Maß gemessen würde.

7.

Grundsätzlich sollten alle Einwohner/inner der Stadt Gelegenheit und Möglichkeit haben, sich gleichermaßen mit ihren spezifischen Wünschen und Bedürfnissen in der kommunalen Kulturarbeit wieder zu finden. Es ist aber kein zukunftsweisendes kulturpolitisches Konzept, wenn diese kulturellen Ausdrucksformen abgeschottet nebeneinander bestehen. Ziel einer modernen kommunalen Kulturarbeit ist – neben der Qualitätsförderung und der Förderung von Partizipation durch Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten – die Förderung des gegenseitigen Austausches, der Kommunikation über Grenzen hinweg und der Weiterentwicklung künstlerischer Ausdrucksformen. In verschiedenen Kunstformen wie dem Tanz und der Weltmusik werden solche Grenzen bereits überwunden und Neues entsteht. Doch im konkreten Raum der Stadtgesellschaft bestehen noch große Herausforderungen, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass die unterschiedlichen Kulturen sich gegenseitig befruchten und gemeinsam weiterentwickeln können.

Quellenhinweis: Wiedergabe nach dem Manuskript.

Zum Referenten:

Dr. Volker Bandelow arbeitete nach dem Studium der Geschichte und Geographie in der freien Kultur, der sozialwissenschaftlichen Forschung und als freier Kulturberater. Seit 1993 leitet er das Kulturamt (Referat Kultur) in Gelsenkirchen (zeitweise auch die Öffentlichkeitsarbeit und das Kulturhauptstadtbüro der Stadt).

http://stadt.gelsenkirchen.de/de/Kultur/Referat_Kultur/

Referat 3: Integration braucht interkulturelle Öffnung – Vielfalt als Chance im demographischen Wandel

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich auch, Sie in der Fabrik Heeder begrüßen zu können. Ich freue mich umso mehr, weil das im Rahmen meiner Arbeit – ich bin ja seit dem 1. März 2011 in Krefeld – mein erster offizieller Auftritt in Krefeld ist. (...) Da meine Stelle neugeschaffen wurde und weil sie für viele noch unbekannt ist, werde ich zunächst die Aufgaben des kommunalen Integrationsbüros schildern.

Das kommunale Integrationsbüro hat hauptsächlich die Aufgabe zu vernetzen, Vernetzungsstrukturen aufzubauen bzw. auch zu optimieren und zu koordinieren. Dabei rede ich von der gesamten Integrationslandschaft in Krefeld. Im Moment sind wir dabei, mit Mitteln des Landesprogramms KOMM-IN NRW ein Kommunikationsportal aufzubauen, das der Vernetzung dienen soll.

Aufgaben des kommunalen Integrationsbüros

- Vernetzung und Koordinierung der Integrationsarbeit:
Schaffung bzw. Ausbau der bestehenden Vernetzungsstrukturen
Aufbau eines Integrationsportals durch die KOMM-IN-NRW Förderung

- Fortsetzung des integrationspolitischen Prozesses:
Die Handlungsempfehlungen des Integrationskonzeptes werden aufgearbeitet und systematisiert und durch Zielvorgaben, Maßnahmen und Zeitvorgaben konkretisiert.
(100 Maßnahmen)

- Anlaufstelle für Migrantenselbstorganisationen:
Beratung und Unterstützung bei der Professionalisierung Ihrer Arbeit und Unterstützung bei der Suche nach Kooperationspartnern.
Entwicklung eines Konzeptes mit dem Titel: Vernetzungsmöglichkeiten der MSO in Krefeld.



Das sind übrigens auch Aufgaben, die im kommunalen Integrationskonzept festgehalten worden sind. Das ist vor meiner Zeit in Krefeld entstanden, und ich habe es gewissermaßen als Aufgabenkatalog übergeben bekommen. Der integrationspolitische Prozess soll fortgeführt werden. Es werden im Integrationskonzept 100 Maßnahmen genannt. Jetzt gilt es, diese zu ordnen, zu strukturieren, zu systematisieren, um auf Grundlage dieser Strukturierung Ziele festzulegen.

Es wurde ja heute schon klar, dass die Migrantenselbstorganisationen eine sehr wichtige Rolle übernehmen müssen, weil sie eine Brückenfunktion haben, weil sie eine große Scharnierfunktion übernehmen. Es gilt, sie zu beraten und zu unterstützen, sich als Anlaufstelle für sie zu etablieren. Sehr oft drängt es die Migrantenselbstorganisationen nach Beteiligung, aber sie wissen nicht so recht, wie sie beteiligt werden wollen. Wir werden Anfang des

nächsten Jahres damit beginnen, die Bedürfnisse der Migrantenselbstorganisationen aufzunehmen und in einem Konzept niederzulegen. Das dient natürlich auch wieder der Vernetzung.

Aufgaben des kommunalen Integrationsbüros

- Geschäftsstelle des Integrationsausschusses, Arbeitskreis für Zuwanderung und Integration
- Integrationsbericht
Der Integrationsbericht berichtet neben kommunalen Zahlen zur Integration über den Stand der Umsetzung des Integrationskonzeptes.
- Interkulturelle Ausrichtung der Stadtverwaltung Krefeld.

 Integration ist Chefsache und Querschnittsaufgabe.

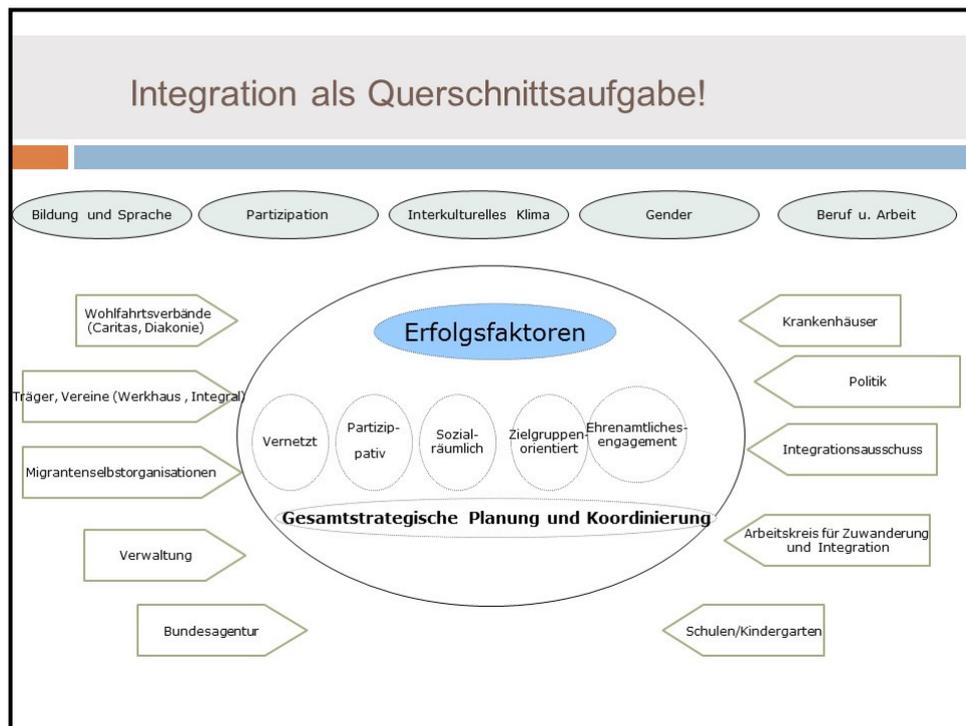


Darüber hinaus ist beim Integrationsbüro die Geschäftsstelle des Integrationsausschusses angesiedelt sowie der Arbeitskreis für Zuwanderung und Integration. Letzterer besteht schon seit 40 Jahren. Krefeld hat damit vor 40 Jahren einen Schritt getan, den andere Städte damals noch nicht getan haben. Man hat diesen Arbeitskreis ins Leben gerufen, um ein Gremium zu schaffen, in dem Migranten vertreten sind und mit dem ihre Bedürfnisse und Anregungen in die Verwaltung, in die Politik hineingetragen werden können.

Das Integrationsbüro wird regelmäßig alle zwei Jahre einen Integrationsbericht vorlegen. Dieser wird mit kommunalen Daten unterfüttert werden, denn statistische Werte helfen natürlich dabei, Entwicklungen sichtbar zu machen: Wo standen wir, als wir anfangen, wohin wollten wir, welche Zwischenschritte haben wir erreicht, wohin soll es weiter gehen.

Ein sehr wichtiger Punkt ist, dass das Integrationsbüro sich für die interkulturelle Ausrichtung der Stadtverwaltung Krefeld beratend und begleitend einsetzen soll. Darauf gehe ich später noch ein.

Das Integrationsbüro mit seinen insgesamt drei Mitarbeitern ist im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelt worden, wurde in Krefeld also „zur Chefsache“ erklärt. Integration ist als Querschnittsaufgabe definiert worden.



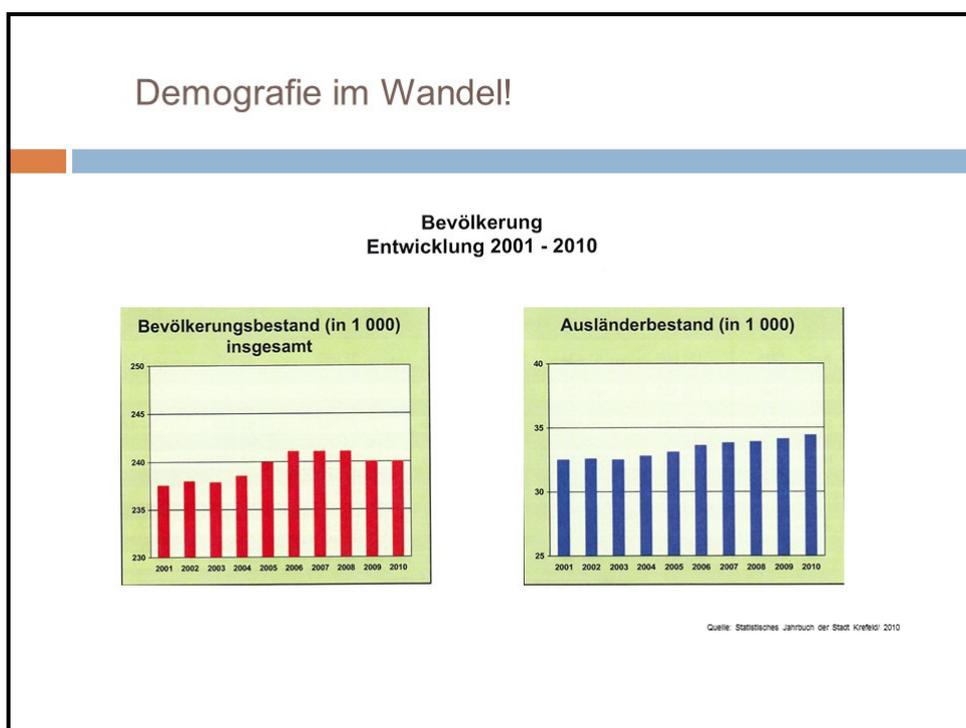
Integration als Querschnittsaufgabe aufzufassen, ist angesichts der Vielzahl der Akteure in der Integrationslandschaft notwendig. Ich habe auf dem Schaubild noch nicht einmal alle, sondern nur die wesentlichen genannt: Migrantenselbstorganisationen, Wohlfahrtsverbände, die Verwaltung, die Bundesagentur für Arbeit, die öffentlichen Einrichtungen usw. Sehr häufig agieren diejenigen, die mit der Thematik beschäftigt sind, noch nebeneinander statt miteinander. Es gilt, möglichst alle in eine gesamtstrategische Planung zu integrieren und die Gesamtheit der Maßnahmen zu koordinieren, allein schon, um nicht verschwenderisch mit den Ressourcen umzugehen. Und das Vorgehen muss natürlich partizipativ sein, die betroffenen Menschen müssen beteiligt werden.

Die Arbeitsfelder, die im Integrationskonzept festgelegt wurden, sind: Bildung und Sprache, Partizipation, interkulturelles Klima, Gender sowie Beruf und Arbeit. Die interkulturelle Orientierung gehört eigentlich auch hierher, denn sie ist ja auch ein Querschnittsthema, das sich in diesen ganzen Feldern wiederfinden sollte.

Heute wurde schon oft festgestellt, dass es schwierig ist, Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen. Auf viele Erfahrungswerte aus Krefeld kann ich noch nicht zurückgreifen, aber ich habe ja bereits drei Jahre als Integrationsbeauftragte in Castrop-Rauxel gearbeitet. Meine Erfahrung dort war, wenn man den Migrantenselbstorganisationen im wörtlichen und übertragenen Sinn Raum gibt, für sie eine Atmosphäre schafft, die sie zur Beteiligung einlädt, in der sie sich entfalten und ihre eigenen Ideen einbringen können, dann kann man sie auch erreichen. Ich habe z.B. ein paar Vereine sehr eng mitbetreut, die jetzt im Rahmen der interkulturellen Woche „50 Jahre Migration“ in Castrop-Rauxel eine Ausstellung selbst organisiert haben – ohne die Hilfe der Verwaltung, ohne die Hilfe von professionellen Mitarbeitern. Das hat mich stolz gemacht.

Wichtig ist, dass man sozialraum-orientiert arbeitet, also dass man diesen ganzen Prozess nicht nur stadtweit betrachtet, sondern in den konkreten Sozialräumen agiert. Integration findet in den Bezirken, in den Stadtteilen statt. Dann müssen integrative Bemühungen zielgruppenorientiert gestaltet werden, denn den typischen Migranten gibt es nicht. Das Migrantenmilieu ist nicht homogen, es ist heterogen. Es liegen unterschiedliche Voraussetzungen, unterschiedliche Bedürfnisse vor. Spätaussiedler sind anders zu betrachten als Migranten, die in der zweiten Generation, dritten Generation hier leben. Das sind alle Aspekte, die zu berücksichtigen sind.

Krefeld ist, verglichen mit anderen Städten, mit der Einrichtung des Integrationsbüros spät an der Reihe gewesen, aber jetzt hat man auch hier gemerkt, die Demografie wandelt sich, wir müssen Signale setzen.

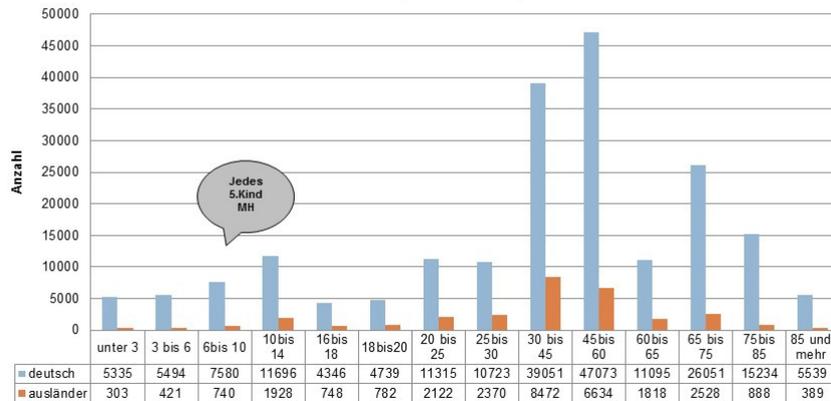


Sie sehen hier die Bevölkerungsentwicklung von 2001 bis 2010. Hier sind nur die reinen Ausländer berücksichtigt, also nicht solche mit Migrationshintergrund. Die Anzahl der ausländischen Mitbürger steigt stetig, während die Gesamtbevölkerung mal ansteigt, mal abnimmt. Das zeigt uns einfach, auch Krefeld ändert sich, Krefeld wird bunter, wird vielfältiger. Hierauf sollte man sich einrichten.

Bei der Abbildung der Altersstruktur der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung in Krefeld ist ebenfalls zu beachten, dass hier nur die Ausländer berücksichtigt sind. In der Altersspanne vom sechsten bis zum zehnten Lebensjahr sehen sie 740 ausländische Personen. Wenn sie die Kinder mit Migrationshintergrund hinzunehmen, dann vermute ich, dass die Zahl doppelt so hoch ist. Dann hätte fast jedes fünfte Kind in dieser Altersspanne einen Migrationshintergrund. Das sind die Kinder, die die Zukunft von Krefeld mitgestalten werden.

Demografie im Wandel?

Alterstruktur der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung in Krefeld (Ausländer)



Das Integrationskonzept war sehr wichtig, an dem Integrationskonzept hat man – wie bereits erwähnt – schon vor meiner Zeit gearbeitet. Verwaltung, Politik, Migrantenselbstorganisationen, Wohlfahrtsverbände usw. haben sich über einen sehr langen Zeitraum zusammengesetzt und das Konzept im Dialog entwickelt. Es war einfach wichtig, dass es ein Papier gibt, das eine Verbindlichkeit herstellt, das der allgemeinen Orientierung dient. Die Grundsätze des Integrationskonzeptes sind einvernehmlich verabschiedet worden.

Warum ein Integrationskonzept?

- Die Stadt Krefeld und die Stadtgesellschaft hat sich damit etwas wie eine

„integrationspolitische Verfassung“

gegeben.



Diskussionsprozesse werden (sollten) auf Basis dieser Vision (Rahmen) geführt.



Daher sage ich immer, das Integrationskonzept ist wie eine integrationspolitische Verfassung anzusehen, und alle Diskussionsprozesse sollten auf Basis dieser Visionen durchgeführt werden. Mit dem auf der Abbildung in Klamm-

mern geschriebenen „sollten“ will ich darauf hinweisen, dass das auch immer wieder in Frage gestellt wird, dass man davon abweicht. Deswegen will ich betonen, dass man nicht hinter den Konsens bei der Verabschiedung des Integrationskonzepts zurückfallen sollte.

Grundsätze!

- Die Verwaltung hat das Verständnis, als moderner Dienstleister aufzutreten,
- Einwohnern den gleichberechtigten Zugang zu allen Dienstleistungen zu gewährleisten.

➔ Dahinter steckt die Vision(Ziel) :
den Zugang so zu gestalten, dass sie unabhängig von der Herkunft alle Menschen erreicht.

- Das Integrationskonzept gibt den notwendigen Rahmen hierfür.



Mit dem Integrationskonzept hat sich die Verwaltung als Ziel gesetzt, als moderner Dienstleister aufzutreten. Allen Einwohnern soll der gleichberechtigte Zugang zu allen Dienstleistungen gewährleistet werden, das langfristige Ziel ist, den Zugang so zu gestalten, dass er auch unabhängig von der Herkunft von allen erreicht werden kann. Das Integrationskonzept hat hierfür den notwendigen Rahmen gesetzt.

Weiterhin hat man sich mit dem Integrationskonzept auf folgende Grundsätze verpflichtet:

- Integration setzt die Anerkennung gemeinsamer freiheitlich-demokratischer Normen und Regeln voraus.
- Integration liegt in der Verantwortung der gesamten Stadtgesellschaft und nicht nur in der Verantwortung der Akteure, die unmittelbar daran beteiligt sind.
- Der Erwerb der Sprachkompetenz ist eine wichtige Schlüsselressource, die zu stärken ist.
- Integration setzt bei den Potentialen der Migranten an.

Individuen ebenso wie Gruppen können ihre Bedürfnisse und Interessen frei artikulieren und vertreten. Man schafft ihnen die Räume dafür. So praktizierte Anerkennung, gepaart mit dem Wissen um die Interkulturalität der Gesellschaft, ist die Grundvoraussetzung der interkulturellen Orientierung. Interkulturelle Orientierung und Öffnung wiederum sind die Voraussetzungen für Integration.

Man kann Integration aber auch als zweiseitigen Prozess definieren: Seitens der Migranten muss eine Offenheit bestehen und die deutsche Sprache erlernt werden, und seitens der Mehrheitsgesellschaft muss die multikulturelle Gesellschaft anerkannt und der positive Charakter der Vielfalt angenommen werden. Man muss also bei den Potentialen der Migranten ansetzen, sich vom defizitorientierten Ansatz verabschieden.

Ich komme schon zu meinem Resümee, das ich in drei Thesen gefasst habe.

These 1: Interkulturelle Öffnung ist eine Antwort auf die Globalisierung!



Strukturen und Unternehmenskultur müssen hinterfragt werden.

- Die interkulturelle Ausrichtung ist die Visitenkarte einer erfolgreichen Personalpolitik.



Interkulturelle Öffnung ist eine Antwort auf die Globalisierung. Das heißt: Strukturen und Unternehmenskulturen müssen hinterfragt werden. Dass die Gesellschaft einem großen Wandel unterworfen ist, kann keiner mehr übersehen. Die Dienstleister, da schließe ich die Verwaltung mit ein, müssen diesen Wandel akzeptieren, und dazu gehört, die Vielfalt anzunehmen. Auch für die Kultureinrichtungen ist es eine Existenzfrage, sich auf diese Vielfalt einzustellen.

Interkulturelle Ausrichtung ist in Zukunft die Visitenkarte einer erfolgreichen Personalpolitik. Mehr Menschen mit Migrationshintergrund müssen auch an exponierten Stellen ihren Einsatz finden, da liegt auch eine große Herausforderung für die Stadtverwaltung. Diesen Prozess werden wir in Krefeld jetzt auch in der Verwaltung beginnen. Nächsten Monat wird zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung eine Auftaktveranstaltung stattfinden.

These 2: Interkulturelle Öffnung ist die Antwort auf den Bedarf!

 Interkulturelles Denken darf sich nicht mehr nur auf soziale Maßnahmen konzentrieren.

Interkulturelle Öffnung muss sich in allen Themenkomplexen wie zum Beispiel auch der Stadtplanung wiederfinden.



Interkulturelle Öffnung ist die Antwort auf den Bedarf. Ich stelle immer wieder fest, dass sich das interkulturelle Denken oder die interkulturelle Orientierung nur auf die sozialen Maßnahmen bzw. auf die Integrationsmaßnahmen konzentriert. Die interkulturelle Orientierung muss aber in jedem gesellschaftlichen Bereich – ich erinnere daran: es ist eine Querschnittsaufgabe – ihren Platz finden, z.B. auch in der Stadtplanung. Deren Konzepte müssen auch die Bedürfnisse der Menschen mit Migrationshintergrund aufnehmen.

In der Türkei z.B. wird bei der Stadtplanung sowohl beim Hausbau als auch bei der Siedlungsplanung oft mehr Wert auf die Schaffung von Begegnungsräumen gelegt. Besäße ich ein Bauunternehmen, würde ich dieses Konzept aufgreifen, einfach weil die Nachfrage dafür vorhanden ist.

These 3: Interkulturelle Kompetenz ist der
Schlüsselfaktor des 21. Jahrhunderts!

➔ Mit einem bloßen **Zur-Kennntnis-Nehmen** der Migration kann die vor uns stehende Aufgabe nicht zukunftsträchtig gelöst werden.

**Interkulturelle Orientierung ist eine politische Haltung.
Das bedeutet, den Fremden als Menschen
ernstzunehmen, in seiner Eigenheit zu verstehen und
seine Würde zu achten.**



Interkulturelle Kompetenz ist ein Schlüsselfaktor des 21. Jahrhunderts. Mit einem bloßen Zur-Kennntnis-Nehmen der Migration kann die Mehrheitsgesellschaft in der globalisierten Welt ihre Probleme und die daraus resultierenden Aufgaben nicht mehr bewältigen. Interkulturelle Kompetenz ist daher von allen Bürgern zu erwarten, mit oder ohne Migrationshintergrund.

Ich schließe mein Resümee mit einem Zitat, von dem ich nicht mehr weiß, wo ich es aufgegriffen habe, das mich aber schon lange begleitet: „Interkulturelle Orientierung ist eine politische Haltung. Das bedeutet, den Fremden als Menschen ernstzunehmen, in seiner Eigenart zu verstehen und seine Würde zu achten.“ In diesem Sinne:

Vielen Dank für
Ihre
Aufmerksamkeit!



Quellenhinweis: Wiedergabe nach der Mitschrift der Tonaufzeichnung. Die Abbildungen stammen aus der PowerPoint-Präsentation von Meltem Söylemez.

Zur Referentin:

Meltem Söylemez hat Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Politikwissenschaften sowie Kommunikation und Kultur studiert. Seit März 2011 ist sie Integrationsbeauftragte der Stadt Krefeld.

<http://www.krefeld.de/integration>

Gabriela Schmitt, Geschäftsführerin des Professionalisierungsprogramms interkultur.pro

Referat 4: „Together forever“ – Interkulturelle Strategien und Konzepte für Kunst und Kultur in NRW

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte sie wegholen von der eigenen kommunalen Betrachtung dahin, was sich das Land Nordrhein-Westfalen seit einigen Jahren auf die Fahnen geschrieben hat. Darüber hinaus möchte ich Ihnen berichten, wo es hingehen soll, bzw. welche programmatischen konzeptionellen Vorstellungen existieren, um den Bereich Interkultur – und dabei wirklich aus dem Bereich der Kunst und Kultur – so zu gestalten, dass es dem demographischen Wandel auch gerecht wird.

Wir arbeiten dabei nicht mit dem Begriff Integration, sondern wir sprechen von kultureller Teilhabe. Es gibt die Zielrichtung der Öffnung von klassischen Kultureinrichtungen, und es gibt die Orientierung an Milieus und nicht an Ethnien.

Ich danke dem Vorredner Mark Terkessidis, der bereits darauf hingewiesen hat, was sinnvoll ist: nämlich eine programmatische Verflechtung anzustreben, die keinen Sonderbereich darstellt, keine ethnische Orientierung hat und nicht pädagogisch ist. Und genau das hat sich die Landespolitik – das finde ich besonders bemerkenswert – über den Regierungswechsel hinaus auf die Fahnen geschrieben. Es gibt offensichtlich im Land einen hohen Konsens darüber, in welche Richtung landespolitische Maßnahmen gehen müssen, damit Gerechtigkeit im demographischen Wandel hergestellt wird.

Ich habe meinen Vortrag überschrieben mit „Together forever“. Dabei habe ich mich angelehnt an das Motto unserer niederländischen Nachbarn, mit dem sie das Jahr des interkulturellen Dialogs benannt haben. (...) Ich führe Sie jetzt erst einmal noch zurück: Was heißt interkulturelle Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen?

Die hat 2002 gestartet mit der Einrichtung eines Referates für interkulturelle Kulturarbeit in der Kulturabteilung der Landesregierung. Das war bundesweit ein Novum, und so ein Referat gibt es bislang immer noch nicht in anderen Bundesländern. Das Referat hatte die Aufgabe – folgend der damaligen Integrationsinitiative, die auch fraktionsübergreifend beschlossen wurde –, sich im Fokus auf Kunst und Kultur mit dem Thema Einwanderungsgesellschaft zu befassen. Heute würde man sagen mit dem demographischen Wandel.

Dieses Referat hat seine Arbeit sofort sehr konzeptionell begonnen, indem man sofort partizipativ gearbeitet hat. Das heißt man hat Menschen, die es betreffen soll, Kulturschaffende, Akteure aus der Kulturverwaltung, aus verschiedenen Kultureinrichtungen beteiligt an dem Prozess herauszufinden, wie eigentlich der Arbeitsauftrag dieses Referats aussehen soll. So ist ein umfangreicher Aufgabenkatalog erstellt worden, der nach und nach abgearbeitet wurde.

Das fing damit an, dass man zunächst sagte, es gibt überhaupt keine Förderkriterien und Förderrichtlinien, die deutlich machen, wie man Menschen

mit und ohne Migrationshintergrund in ihrem künstlerischen Prozess unterstützen kann. Man fragte sich, welche Kriterien sollen das sein, die das Thema interkulturellen Dialog oder überhaupt Veränderungsprozesse in der Gesellschaft thematisieren, und wie kann man auch Förderprogramme aufstellen.



Interkulturelle Kulturarbeit NRW
-beteiligungorientiert und strukturenbildend-



2002-2003: Grenzüberschreitungen (Workshopreihe)
Fördergrundsätze für interkulturell orientierte Kunstprojekte
-partizipativ entwickeltes Konzept, modifizierbare Fördergrundsätze-

2004-2006: Kommunales Handlungskonzept Interkultur
6 Pilotstädte, Erweiterung auf 25 Städte zum Jour fixe Interkultur

2007-2010: interkultur.pro
Professionalisierung des Interkulturellen Kunst- und Kulturmanagements

- „AG Zur Zukunft der Kultureinrichtungen“ der Ruhr 2010
- „KMK-AG Interkulturelle Kulturarbeit“ unter Leitung von NRW

2011: Zukunftsakademie NRW- Interkultur, Kulturelle Bildung und Zukunft von Stadtgesellschaft (in Gründung)

Um Arbeitsempfehlungen zu bekommen, wurde die Workshopreihe „Grenzüberschreitungen“ durchgeführt, und als erstes wurden modifizierbare Förderrichtlinien aufgestellt, die immer wieder adaptiert werden müssen, um Prozesse zu steuern.

Diese Fördergrundsätze sind inzwischen auch schon von einigen Kommunen übernommen worden, z.B. von Dortmund und Köln. Auch das Kultursekretariat in Gütersloh hat sich diesem Prozess angeschlossen und eigene Förderkriterien in dieser Richtung entwickelt.

Weiterhin hat man gesagt: Vor dem Hintergrund, dass das Land nur einen Förderetat für Kunst und Kultur hat, der etwa zehn Prozent dessen ausmacht, was Kommunen hier insgesamt zusammentragen, man also eigentlich nur Impulse setzen, Strategien aufzeigen und vielleicht Modelle ausprobieren kann, ist es wichtig, sehr früh an die Kommunen heranzutreten und mit ihnen kommunale Handlungskonzepte zu entwickeln.

Das hat man in einem moderierten Prozess getan, für den sich einzelne Kommunen bewerben konnten. Ausgesucht wurden zwei kleine Städte (Arnsberg und Castrop-Rauxel), zwei mittlere (Hamm und Hagen) und zwei Großstädte (Dortmund und Essen), und zwar in dieser Größenauffächerung, damit man auch Empfehlungen daraus ableiten kann. Die Kommunen sollten bis hin zu Ratsbeschlüssen ein interkulturelles Konzept entwickeln. Das war die Verpflichtung, dass das am Ende herauskommen soll, denn es war klar, dass ein Konzept nicht aus der einzelnen Kultureinrichtung oder aus einem Integrationsreferat kommen kann, sondern dass ein gemeinschaftlicher Be-

schluss vorliegen muss, der oben angesiedelt ist, wenn man hier mal in diesen hierarchischen Strukturen denkt.

Man hat also mit sechs Pilotkommunen gestartet, aber inzwischen hat sich der Kreis der Städte, die ihr Kulturprogramm interkulturell ausweiten, auf 25 vergrößert. Die treffen sich in den Jours fixes Interkultur, einem kollegialen Beratungsgremium, das etwa alle drei Monate an wechselnden Orten stattfindet. Das ist ein gut funktionierendes Netzwerk, das Erfahrungsaustausch betreibt, sich gegenseitig über neue Entwicklungen informiert, Förderschwerpunkte diskutiert usw.

Bei der Erstellung der kommunalen Handlungskonzepte ist immer wieder der Bedarf der Qualifizierung artikuliert worden. Also konkret tauchten Fragen auf wie: Wie soll ich denn als Künstler/in einen Antrag stellen, als Kulturverwaltung einen bestimmten Antrag überprüfen, ob der überhaupt in die richtige Richtung geht, wie kann man sich da orientieren, wie kann man sich darüber austauschen? Diese unterschiedlichen Bedarfe, die dort reklamiert wurden, sind eingegangen in das Professionalisierungsprogramm *interkultur.pro*. Das basierte erst einmal auf der Entwicklung eines Curriculums. Es wurde gefragt, was ist zur Weiterqualifizierung notwendig, um Künstlerinnen und Künstler auch wirklich zu unterstützen.

Ein besonderes Kriterium dabei war, dass möglichst viele heterogene Zielgruppen adressiert wurden und dass auch in heterogenen Gruppen gearbeitet wurde. Der Hintergedanke dabei war: Wir müssen Netzwerke aufbauen, wir müssen uns kennenlernen, wir müssen auch die unterschiedlichen Qualitäten kennenlernen. Dabei wurde immer zwingend in bikulturellen Teams gearbeitet und doziert, so dass man sich da auch gegenseitig bereichern konnte.

Parallel zum Professionalisierungsprogramm *interkultur.pro*, das Ende letzten Jahres ausgelaufen ist, wurden Akteure aus diesem Programm von Asli Sevindim, die damals Direktorin der Stadt der Kulturen im Rahmen von Ruhr 2010 war, aufgefordert, eine Arbeitsgruppe „Zur Zukunft der Kultureinrichtungen“ durchzuführen. Die Teilnehmenden kamen aus den Schauspielhäusern Düsseldorf und Bochum (vormals Grillotheater Essen), den Theatern Dortmund und Oberhausen, dem Westfälischen Landestheater Castrop-Rauxel, dem Rautenstrauch-Joest-Museum Köln, dem Karl-Ernst-Osthaus-Museum Hagen, der Philharmonie Duisburg, dem Consoltheater Gelsenkirchen, und auch der Kulturdezernent der Stadt Oberhausen, Herr Tsalastras, war dabei.

Das war ein sehr interessanter Prozess, weil er auch sehr vertrauensfördernd war. Denn viele dieser Akteure, die es sonst gewohnt sind, sich ins Rampenlicht zu stellen und zu sagen: „Wir machen das beste Theater“, „Wir haben die tollste Ausstellung“, die sich also sonst als sehr einzigartig präsentieren müssen, sind hier zusammengekommen mit dem Bewusstsein: Wir wissen, dass wir einen Öffnungsprozess organisieren müssen, aber wir wissen noch gar nicht so genau, wie wir das tun können und sollen. Das war eine sehr mutige Zusammensetzung, die sich da formiert und viele Themen der interkulturellen Öffnung angesprochen hat, wie eine andere Erzählweise, eine andere Art von Geschichten, eine andere Ästhetik in der Produktion, andere Arbeitsstile in der eigenen Einrichtung. Wir können nicht versuchen, Publikum zu gewinnen, das anders ist als das jetzige, wenn wir selbst im ei-

genen Haus nicht mit Heterogenität umgehen können. Da wurde also eine große Palette an Aufgaben festgestellt, die in Handlungsempfehlungen gemündet sind, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werden, noch unter dem Signum der Ruhr 2010.

Von 2009 bis 2010 begleitete das Team von *interkultur.pro* auch die länderübergreifende Arbeitsgruppe des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz zur interkulturellen Kulturarbeit, die unter Federführung des Landes Nordrhein-Westfalen Handreichungen erarbeitete. Diese liegen nun dem Kulturausschuss vor, und sie sind auch schon an den Deutschen Städtetag weitergereicht worden.

Der Prozess, den ich Ihnen bis jetzt geschildert habe, ist also in viele Richtungen gegangen, um dort das Thema der interkulturellen Kulturarbeit intensiv zu bearbeiten und immer wieder in abgestimmte Empfehlungen münden zu lassen. Zielpunkt all dieser Prozesse ist die Zukunftsakademie NRW, diese ist auch ein Strukturen-bildendes Projekt, dazu aber später mehr.

Was hier noch einmal hervorgehoben werden soll: Das methodische Fundament der interkulturellen Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen bei all dem, was bisher passiert ist und auch demnächst passieren soll, folgt folgenden Grundprinzipien:



Das methodische Fundament der interkulturellen Kulturarbeit NRW



Förderung Kultureller Vielfalt durch

Partizipation Netzwerke Transparenz

- der Beteiligung derer, um die es geht: Kulturschaffende mit und ohne Migrationsgeschichte
- dem Aufbau von Netzwerken und Strukturen
- der Herstellung von Transparenz, z.B. im Hinblick auf die Formulierung und Veröffentlichung nachvollziehbarer Förderungsgrundsätze.

Das Prinzip der Partizipation war und ist dabei in jedem Prozessschritt einzuhalten, auch wenn es manchmal mühsam ist und zu streitwürdigen Diskussionen führt.

Das Gesamtkonzept der interkulturellen Kulturarbeit NRW

Kulturelle Vielfalt - Verstehen, erleben, gestalten



Es sind bei all dem verschiedene Schwerpunkte oder Grundsäulen der Arbeit entwickelt worden. Dazu gehört unbedingt der Bereich Forschung, also die qualifizierte Nachfrage dessen, was wir wissen, und die Reflektion darüber – ebenso wie die transparente Darstellung unseres Wissens im Verhältnis zu dem, was wir nicht wissen.

Dass Forschung eine wesentliche Säule ist, das ist relativ neu im Kulturbereich. Sie werden wahrscheinlich noch nicht häufig davon gehört haben, dass aus einer Kulturabteilung oder aus einem Kulturreferat ein Forschungsauftrag vergeben wurde. In der Regel stellt man sich eher so dar, dass man weiß, was man tut.

So hat sich das Land Nordrhein-Westfalen an verschiedenen Studien beteiligt, auch – da komme ich aber gleich noch einmal zu – an der großen Sinus-Studie. Das Land hat erstmals viel Geld in die Hand genommen, um Kenntnisse zu schaffen.

Ganz maßgeblich ist natürlich auch, dass ein Kulturreferat auch Kunst- und Kulturprojekte fördert, und die natürlich in unserem Zusammenhang unter einem bestimmten Gesichtspunkt, nämlich: wie sie diesen Dialog der Kulturen verwirklichen oder darstellen können.

Da gibt es einige interessante Beispiele, aktuell etwa einen Autorenwettbewerb, der darauf angelegt ist, einmal andere Theaterstücke zu produzieren, andere Erzählweisen zu fördern als die üblichen. Da ist das Westfälische Landestheater federführend, das den Autorenwettbewerb begleitet.

Es gibt aber auch Projekte, die sich in der Stadtgestaltung wiederfinden. Ein sehr großes und umfangreiches Projekt etwa war das sogenannte Brückenprojekt in Hagen. Da ging es um eine Brücke aus den 1970er Jahren, die mitten durch ein Wohngebiet geht, so dass man dort, wenn man ein Wohnungsfenster öffnet, mit dem Wohnungsfenster fast an die Brücke stößt.

Diese Brücke sollte nun saniert werden, und das wurde aus künstlerischer Sicht zum Anlass genommen, einmal zu thematisieren, wer denn eigentlich in diesem Stadtteil lebt. Das ist ein sehr interessantes, partizipativ angelegtes Projekt geworden, das sich „Sehnsucht nach Ebene 2“ nannte. Im Verlauf dieses Prozesses, in dem nachgefragt wurde, wer wohnt eigentlich da, sind viele verschiedene Ethnien „entdeckt“ worden, deren Vielfalt in diesem Stadtteil vorher so gar nicht bekannt war. Vor allem aber sind viele verschiedene Geschichten von Menschen, die da leben, bekannt geworden. Die sind noch nie zu irgendetwas befragt worden. Da hat sich noch nie jemand dafür interessiert, wie sie ihre Stadt erleben. Durch künstlerische Prozesse hat da jetzt eine Transkription ihrer Geschichten stattgefunden, die sich jetzt an dem Brückenbild wiederfindet. Man kann sich vorstellen, wie viele Prozesse das auch in der Community, dieser Stadtteilbevölkerung ausgelöst hat. So kann man auch Kunst, Kultur und Stadtplanung in Verbindung bringen.

Ein weiteres wesentliches Projekt war „Polyphonie“, bei dem es sich einmal nicht um Jugendliche drehte, sondern kulturelle Bildung für Menschen, die älter als 25 Jahre sind, darstellte. Hier ging es konkret um die Stimmen der Vielfalt, also: „Sing das Lied deines Lebens“. Das war ein intergeneratives, interkulturelles Projekt, das in Duisburg sehr prominent aufgeführt worden ist und sehr viel positive Resonanz bekommen hat.

Was dann maßgeblich auch noch gefördert wird, sind diese strukturbildenden Projekte, wie ich sie vorhin schon erwähnt habe, beispielsweise *interkultur.pro*, bei denen Sensibilisierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt werden.



Erfolgsfaktor: begleitende Forschung

- Bestandsaufnahme kommunaler Kulturpolitik durch KUPOGE
- Evaluierung der ersten Pilotprojekte durch ZfKF
- Bestandsaufnahme kulturwissenschaftlicher Forschung
- Bestandsaufnahme kleinräumiger Daten und Fakten Interkultur mit IT.NRW und Städtestatistikern
- Piloterhebung „Kulturelle Vielfalt in Dortmund“ mit IT.NRW
- Sinus - Studie „Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ mit dem NRW Special „Kunst und Kultur“
- Neu: Interkulturelles Audience Development

 **Gewährleistung von Wissenstransfer durch ...**
- Publikationen und Vermittlung der Ergebnisse für unterschiedliche Zielgruppen

Ich will aber noch einmal zur Forschung zurückkommen. Die wurde wirklich sehr ernstgenommen. Es startete mit einer Bestandsaufnahme der Kulturpolitischen Gesellschaft, die untersuchte, was es überhaupt gibt an For-

schungsergebnissen zu kommunaler Kulturpolitik, was gibt es für Pilotprojekte usw.

Dann gab es die Frage an das IT.NRW, das früher Landesamt für Daten und Statistik hieß, was habt ihr eigentlich an Informationen über verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen, die unterschiedlichen Herkünfte, und da gab es erst einmal die Antwort: Wir haben eigentlich gar keine Informationen.

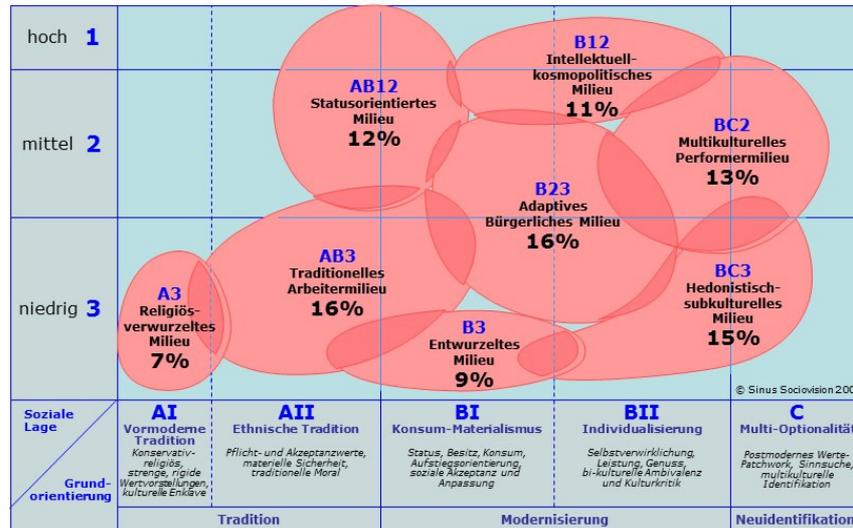
Also: Es gab keine hinreichenden Informationen zu den Fragestellungen, welche Herkünfte gibt es bei Menschen mit Migrationshintergrund, wie verteilen die sich in einer Stadt und vor allem vielleicht in einzelnen Stadtteilen. Das führte zu der umfangreichen Piloterhebung „Kulturelle Vielfalt in Dortmund“. Da wurden mit vielen verschiedenen Interviewern in zehn verschiedenen Sprachen die Dortmunder Bürgerinnen und Bürger interviewt, sie wurden zu ihren Herkünften und zu ihren Präferenzen, zu ihrer aktuellen kulturellen Nutzung befragt, um erstmalig überhaupt zu einem Bild zu kommen. Das Ergebnis der Studie wird inzwischen auch in vielen anderen Kommunen zum Ansatz genommen, weil das eine sehr sorgfältig angelegte Studie ist, die es erlaubt, viele Ergebnisse auf die eigene Kommune zu übertragen.

Das nächste Forschungsprojekt war dann die Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen, aus der Kulturabteilung heraus, an der großen Studie des Heidelberger Sozialforschungsinstitut Sinus Sociovision GmbH, also an der Sinus-Studie „Lebenswelten und Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland und NRW“.

Das ist ein Milieuansatz, mit dem dieses Institut arbeitet, und zwar seit den 1970er Jahren. Unter bestimmten Fragestellungen werden mit diesem Milieuansatz Gruppierungen und Sortierungen vorgenommen, um einen Eindruck davon zu bekommen, über welche Zielgruppen man spricht.

Völlig neu an dieser Studie war, dass man versucht hat, nach unterschiedlichen Herkunftsräumen zu unterscheiden. Es gab vorher keine diesbezüglichen Milieubeschreibungen. Noch ungewöhnlicher war der spezielle Wunsch aus Nordrhein-Westfalen, dass man die Untersuchung auch mit dem Blickwinkel auf Kunst und Kultur durchführt.

Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland



Die Hauptfolie, die es dazu gibt, zeigt, welche Milieus dieses Institut aufgrund dieser umfangreichen Befragung erst qualifiziert hat, also welche Milieus man überhaupt beschreiben und wie man sie quantifizieren kann. Es hat eine quantitative deutschlandweite Erhebung stattgefunden, die man auf Nordrhein-Westfalen herunterbrechen kann.

Zum Verständnis: Die y-Achse beschreibt die soziale Lage, resultierend aus Bildungsstand und Einkommen. Die x-Achse resultiert aus der Eigenbeschreibung der Grundwerte (Selbstauskunft).

Die Studie hatte sehr interessante Ergebnisse. Erst einmal gibt es gar nicht so viele Unterschiede zu den deutschen Milieus. Es gibt acht Milieus, die beschrieben wurden, und es gibt einen großen Bereich, wo man nicht durch Verhaltensweisen oder durch Ansehen sagen kann, da ist eine große Differenz vorhanden. Das wird nochmal durch diese Studie bestätigt.

Besonders auffällig ist, dass das religiös-verwurzelte Milieu, so wie es hier beschrieben wird, quantitativ ein sehr kleines Milieu ist. Die Darstellung dieses Milieus in den Medien aber ist überproportional groß. Die markanten Bilder und Überschriften in den Medien werden von dem Wertungsmuster, das es in diesem Milieu gibt, bestimmt und nicht von anderen Milieus, die quantitativ viel größeren Anteil haben. Das müssen wir uns immer wieder klarmachen.

Man könnte über diese Studie, allein über diese Folie, einen eigenen Vortrag halten. Das kann ich Ihnen aber hier nicht zumuten. Aber auf der Basis dieses Milieuansatzes arbeitet die Kulturabteilung der Landesregierung weiter, auch in weiteren Forschungsprozessen wie dem sogenannten Audience Development, also der Publikumsentwicklung, die nicht nur darauf hinzielt zu untersuchen, was ist das Publikum, sondern auch, was bin ich als Sender

meiner Information. Also: Unsere Arbeit basiert auf Forschungsergebnissen, auch auf Ergebnissen von durch uns erst initiiertes Forschung.

interkultur.pro

Die Themenfelder der länderübergreifenden AG „Interkulturelle Kulturarbeit“
-basierend auf den Empfehlungen der Enquete-Kommission 2007-

- die Orientierung an kleinräumigen Daten und Fakten sowie eindeutige Definitionen der hier verwendeten Begriffe (z.B. „Menschen mit Migrationshintergrund“)
- Forschungsstand und Forschungsbedarf
- die Formulierung eines klaren Auftrags von Zielvereinbarungen zur interkulturellen Orientierung öffentlich geförderter Kultureinrichtungen
- die Orientierung an Partizipation und Netzwerkarbeit
- die interkulturelle Orientierung der Förderpolitik



Diese Ansätze (siehe Abb. oben), dieser Referenzrahmen, sollen sich in dem neuen Projekt, das aus diesem Arbeitsbereich gefördert werden soll, und zwar für die nächsten fünf Jahre, in der sogenannten Zukunftsakademie NRW widerspiegeln.

interkultur.pro

Zukunftsakademie NRW- Interkultur, Kulturelle Bildung und Zukunft von Stadtgesellschaft
(gemeinnütziger Verein in Gründung)

- Systematische **Professionalisierung** und **Verstetigung** des Angebots
- **Kommunale, regionale und europäische Orientierung**
- **Forschungsanalysen** und **Wissenstransfer**
- **Zukunft der Gesellschaft** im Fokus der **Interkultur** und des demografischen Wandels
- Ausbau der **Netzwerke** zu Interkultur-Akteuren
- Kulturelle Bildung durch Qualifizierung von Schlüsselpersonen
- Öffentlichkeitswirksames **Marketing**



Die Zukunftsakademie NRW wird im Referenzrahmen von Kunst und Kultur die Frage differenziert diskutieren: Wie wollen wir in Zukunft leben? Dabei geht es um Interkultur, es geht um kulturelle Bildung und um die Zukunft von Stadtgesellschaft. Das sind die wesentlichen programmatischen Ausrichtungen der Zukunftsakademie.

Die Initiierung dieses Prozesses soll eine Verstetigung der bisherigen Schritte und Angebote darstellen, sie will weiterhin mit Forschung arbeiten und mit dem Transfer von Wissen, also es muss weiter kommuniziert werden. Auch der Ausbau von Netzwerken ist nach wie vor eine der wesentlichen Aufgaben, aber im Fokus von Interkultur und den Fragen des demographischen Wandels.



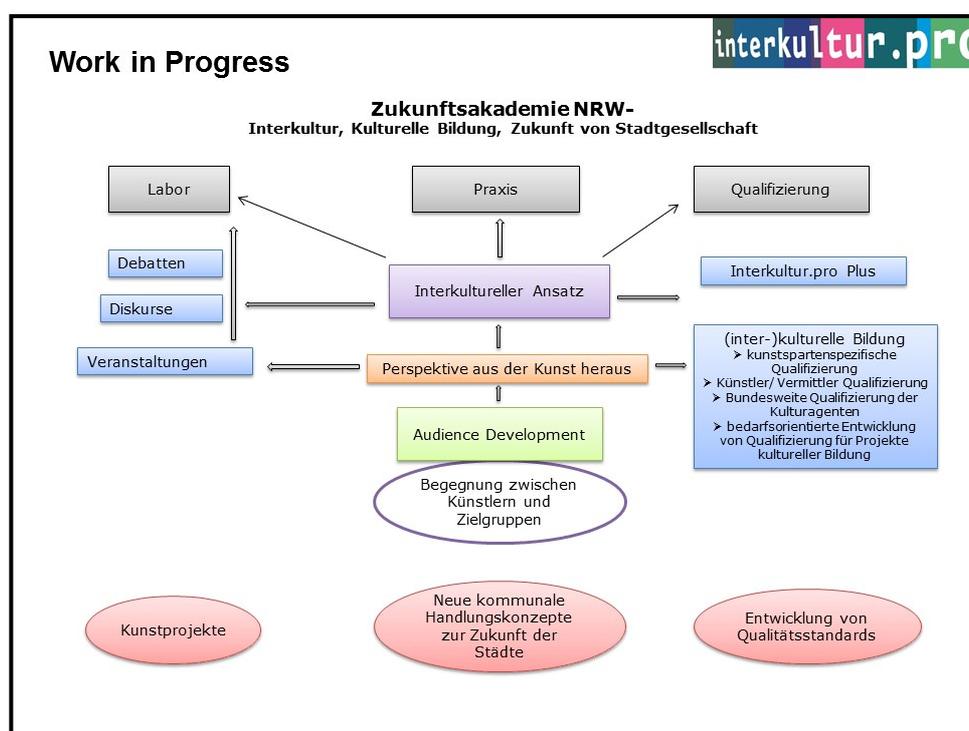
Die Initiierung der Zukunftsakademie geht auf eine Partnerschaft zurück. Ich habe Ihnen bis jetzt überwiegend Prozesse geschildert, die aus der Landesregierung initiiert wurden. Es gab aber auch aus Theaterhäusern und anderen Kultureinrichtungen viele Versuche, sich diesem Thema des demographischen Wandels zu nähern, so z.B. auch aus dem Schauspielhaus Bochum, das aber für sich festgestellt hat, wir können jetzt nicht ein Theaterprojekt nach dem anderen initiieren mit Jugendlichen, die vielleicht sonst sehr theaterfern sind. Das alleine kann es nicht sein. Wir müssen uns gemeinsam mit anderen zusammenfinden, um aus der Kunst heraus, um aus einem Theater heraus, aus einer anderen Einrichtung heraus dieses Thema mal komplexer anzugehen.

Die systematische strategische Vorgehensweise des Landes und dieser Impuls aus einer Kultureinrichtung haben sich dann auch mit den Absichten einer namhaften Stiftung getroffen, die gesagt hat, sie muss im Bereich der kulturellen Bildung, der einer ihrer Schwerpunkte zur Zeit ist, sich immer wieder damit beschäftigen, wie man eigentlich kulturelle Bildung und kulturelle Bildungsprozesse wirklich in den Fokus der Kunst stellen kann und nicht nur pädagogisieren. Im Dreigestirn Labor-Praxis-Qualifizierung soll mit Kunstprojekten, mit Beratung und mit Debattenformaten, das sind die Teile, die bislang beschrieben wurden, gemeinsam eine Zukunftsakademie für die nächsten Jahre aufgebaut werden. Diese soll in Bochum lokalisiert werden.

Die Initiierung durch verschiedene Partner zeigt sich natürlich auch in der Finanzierung. Das Land hat für die nächsten drei Jahre pro Jahr 250.000

Euro zur Verfügung gestellt, die Stiftung Mercator unterstützt das Vorhaben mit 400.000 Euro jährlich, und das Schauspielhaus Bochum bringt Personal ein, also seine Manpower. Die Stadt Bochum stellt ein Haus zur Verfügung. Wenngleich der Wirkungskreis der Zukunftsakademie landesweit sein soll, muss es natürlich auch einen Ort geben, wo man zusammenkommt, wo man debattieren kann, wo Prozesse organisiert werden.

Was Sie hier sehen, ist der derzeitige Stand, der Betrieb kann erst im nächsten Jahr aufgenommen werden. Wir sind zurzeit damit beschäftigt, Arbeitsfelder zu entwickeln – in dem Bereich der drei Säulen Labor, Praxis, Qualifizierung, die sich wie in einem Kreislauf immer wieder selbst unter die Lupe nehmen sollen: Ist die Qualifizierung, die ich anbiete, auch die richtige; liefert mir der theoretische Diskurs im Bereich Labor auch neue Inhalte; und was sagt die Praxis.



Unter diesem Feld Praxis, also immer unter dem interkulturellen Ansatz, aus der Perspektive von Kunst und Kultur, gibt es jetzt zwei wesentliche Herzstücke aus der Sicht der Landesregierung. Einmal soll ein neuer Forschungsbereich angedockt werden, bei dem es um die Frage geht: Was ist interkulturelles Audience Development in einer klassischen Kultureinrichtung? Das wird mit sechs Einrichtungen, die sich dazu bereit erklärt haben, jetzt durchgeführt. Das macht Frau Prof. Dr. Birgit Mandel, die schon mehrfach zu Audience Development geforscht hat. Sie wird diesen Prozess an konkreten Projekten in diesen Kultureinrichtungen begleiten. Das wird in den nächsten zwei Jahren stattfinden und soll dazu führen, dass man auch endlich mal ein Handwerkszeug in die Hand bekommt: Wie kann ich das in meiner Einrichtung selbst machen, welche Dinge muss ich betrachten? Es gibt ja in diesem Bereich momentan oft erst einmal Hilflosigkeit.

Ein weiteres Herzstück sind die sogenannten neuen kommunalen Handlungskonzepte, und zwar unter Einbezug von Quartiersentwicklung, von Kinder-, Jugend-, Sozial- und Ausbildungsbereichen, aber immer unter dem As-

pekt von Kunst und Kultur. Da will man also keine Sozialarbeit machen, aber möglichst viele aus vielen Bereichen sollen zusammengebracht werden.



Das ist zurzeit der Entwicklungsstand der interkulturellen Kunst- und Kulturarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen. Ich darf diesen Prozess zusammen mit anderen koordinieren. Wir sind in der Phase der Arbeitsfeldentwicklung, und wir stehen vor der Stufe, dass ein Trägerverein gegründet werden soll, damit diese Zukunftsakademie unabhängig arbeiten kann. Sie soll und will alle Akteure einbinden, die ihre Kompetenz mit einbringen möchten und die gemeinsam darüber nachdenken wollen, wie kann die Zukunft unserer Stadtgesellschaften beteiligungsorientierter, kultureller und künstlerisch interessanter von allen gestaltet werden.

Zum Schluss komme ich noch einmal auf das Motto, das ich meinem Vortrag vorangestellt habe, auf „Together forever“. Wir können den grundlegenden und eben auch problematischen Bedarf hinter all den geschilderten Prozessen nicht wegdiskutieren, aber wir können vielleicht zusammen an den Dingen arbeiten, also: Let's do it together – lasst uns gemeinsam Stadtgesellschaft gestalten. Ich habe den Eindruck gehabt, in Krefeld ist man da auf gutem Wege. Danke fürs Zuhören.

Quellenhinweis: Wiedergabe nach der Mitschrift der Tonaufzeichnung. Die Abbildungen stammen aus der PowerPoint-Präsentation von Gabriela Schmitt.

Zur Referentin:

Gabriela Schmitt hat Biologie, Geographie und Pädagogik studiert. Nach Tätigkeiten für die Landesregierung NRW ist sie seit 2007 pädagogische Mitarbeiterin beim Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben DGB/VHS NW für internationale und europäische Studienseminare. Sie ist Geschäftsführerin des

Professionalisierungsprogramms interkultur.pro und seit 2011 mit dem Aufbau der Zukunftsakademie NRW beauftragt.

<http://www.interkulturpro.de>

Beteiligte

Moderation

- 1 **Özmal, Leyla**; Intergrationsbeauftragte der Stadt Duisburg, l.oezmal@stadt-duisburg.de
- 2 **Sauerland-Freer, Jürgen**; Leiter des Kulturbüros der Stadt Krefeld, j.sauerland-freer@krefeld.de

Referentinnen, Referenten, Rednerinnen

- 1 **Bandelow, Volker**; Leiter des Kulturreferats der Stadt Gelsenkirchen; – (Referat 2)
- 2 **Kaykin, Zülfiye**; Staatssekretärin für Integration beim Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen; – (Grußwort 1)
- 3 **Meincke, Karin**; CDU-Fraktion, Bürgermeisterin der Stadt Krefeld; – (Grußwort 2)
- 4 **Schmitt, Gabriela**; Geschäftsführerin des Professionalisierungsprogramms interkultur.pro; schmitt@interkulturpro.de (Referat 4)
- 5 **Söylemez, Meltem**; Integrationsbeauftragte der Stadt Krefeld; meltem.soylemez@krefeld.de (Referat 3)
- 6 **Terkessidis, Mark**; freier Autor; – (Referat 1)

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- 1 **Albrecht, Anngrit**; Förderverein für das Kulturbüro e.V.; –
- 2 **Banerjee, Gabriele**; Verband binationaler Frauen; –
- 3 **Behr, Barbara**; Bündnis90/Die Grünen; –
- 4 **Braunschweig, Petra**; Fichte-Gymnasium, Krefeld; braunschweig@fichte.de
- 5 **Buchholtz, Evelyn**; Mediothek Krefeld; evelyn.buchholtz@krefeld.de
- 6 **Bulak, Engin**; –; –
- 7 **Cakir, Hayri**; Solidaritätshaus e.V.; –
- 8 **Classen, Robert**; Verein für Heimatkunde, Krefeld; –
- 9 **Dammer, Georg**; Werkhaus, Krefeld; g.dammer@werkhaus-krefeld.de
- 10 **Dautermann, Christoph**; Museum Burg Linn, Krefeld; chr.dautermann@krefeld.de
- 11 **Gast, Ursula**; Werkhaus, Krefeld; –
- 12 **Habicht, Knut**; Kultur in Krefeld e.V.; habicht@cadvertising.de
- 13 **Heitmann, Joachim**; FDP-Fraktion; –
- 14 **Höhne-Pattberg, Hans-M.**; Integrationsausschuss; micha1954@gmx.net
- 15 **Jäger, Lisa**; Integrationsbüro Krefeld; lisa.jaeger@krefeld.de
- 16 **Jasbach, Medi**; –; –
- 17 **Kokol, Klaus**; SPD-Fraktion, Kulturausschuss; –
- 18 **Krall, Helga**; Mediothek Krefeld; helga.krall@krefeld.de
- 19 **Kreuzberg, Hans-Peter**; CDU-Fraktion, Vorsitzender des Kulturausschusses; –
- 20 **Lux, Cornelia**; Jazzklub Krefeld; cornelia.lux@arcor.de
- 21 **Matthias, Heidi**; Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Kulturausschuss; heidi.matthias@t-online.de
- 22 **Mende, Ursula**; Die Linke; ursulamende.rain@t-online.de
- 23 **Monderkamp, Dorothee**; Kulturbüro Krefeld; dorothee.monderkamp@krefeld.de
- 24 **Muschwitz, Tanja**; Referat Kultur, Stadt Viersen; tanja.muschwitz@viersen.de
- 25 **Nilles, Nicola**; Referat Kultur, Stadt Viersen; nicola.nilles@viersen.de

- 26 **Rau, Volker**; Jungs e.V., Duisburg; volkerrau@gmx.de
- 27 **Schneider, Dirk**; Kulturbetrieb Mülheim; –
- 28 **Schnell, Gerda**; SPD-Fraktion, Kulturausschuss; –
- 29 **Schopper, Oliver**; Fachreferent für Kulturtourismus u. -Marketing;
oliver.schopper@gmx.de
- 30 **Schroeder, Manuel**; Verein für Raumordnung;
mail@manuelschroeder.com
- 31 **Schupetta, Ingrid**; NS-Dok.-Stelle der Stadt Krefeld;
ingrid.schupetta@krefeld.de
- 32 **Schwermer-Funke, Katrin**; Kulturkonzepte Kulinarik;
info@kulturkulinarik.de
- 33 **Staudacher, Eva**; Arbeitskreis für Zuwanderung u. Integration; –
- 34 **Tagoe, Christine**; CDU-Fraktion, Kulturausschuss;
christine.tagoe@gmx.de
- 35 **Therre, Pit**; Theater am Marienplatz – TAM; –
- 36 **Vehreschild, Monika**; Werkhaus, Krefeld;
m.vehreschild@werkhaus-krefeld.de
- 37 **Voehringer, Martin**; Theater Krefeld Mönchengladbach;
martin.voehringer@theater-kr-mg.de
- 38 **Wenderoth, Helmut**; KRESCHtheater Krefeld;
helmut.wenderoth@krefeld.de
- 39 **Wies, Sonja**; Die Landestheater NRW; buero@landestheater-nrw.de

Team

- 1 **Janßen, Christian**; Fabrik Heeder, Technik; –
- 2 **Liebetau, Simone**; Kulturbüro, Organisation;
simone.liebetau@krefeld.de
- 3 **Schmidt-Hertzler, Klaus**; Organisation, extern; kmsmaz@web.de
- 4 **Weinmann, Thomas**; Fabrik Heeder, Technik;
thomas.weinmann@krefeld.de